

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Detlef Junker, Andreas Hillgruber  
Alexander Fischer, Werner Link  
Geir Lundestad

War der Kalte Krieg  
unvermeidlich?

Handlungsspielräume der UdSSR  
und der USA in der Entstehung  
des Ost-West-Gegensatzes  
1945–1950

ISSN 0479-611 X

B 25/83  
25. Juni 1983

Detlef Junker, Dr. phil., geb. 1939; Professor für Neuere Geschichte in Heidelberg; 1970/71 Postdoctoral Research Fellow an der Yale University (USA), 1974 Habilitation an der Universität Stuttgart.

Veröffentlichungen u. a.: Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, 1969; Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933—1941, 1975; Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten, 1979; Mitherausgeber der dreibändigen „Deutschen Parlamentsdebatten“ (1970/71).

Andreas Hillgruber, Dr. phil., geb. 1925; Studium der Geschichte, Germanistik und Pädagogik in Göttingen; 1968—1972 ordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg i. Br.; seit 1972 ordentlicher Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität zu Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, 1954, 2. Aufl. 1965; Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940—1941, 1965, 2. Aufl. 1982; Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, 1967, 2. Aufl. 1979; Bismarcks Außenpolitik, 1972, 2. Aufl. 1981; Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, 1977, 2. Aufl. 1979; Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945—1963), 1979, 2. Aufl. 1981; Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871—1945, 1980, 3. Aufl. 1982; Der Zweite Weltkrieg 1939—1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, 1982, 3. Aufl. 1983.

Alexander Fischer, Dr. phil., geb. 1933; Professor für Zeitgeschichte Osteuropas an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a. M.; Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

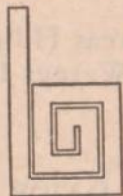
Veröffentlichungen u. a.: Russische Sozialdemokratie und bewaffneter Aufstand im Jahre 1905, Wiesbaden 1967; Teheran — Jalta — Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ (Hrsg.), Köln 1973; Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—1945, Stuttgart 1975; Deutschland — Rußland — Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag (Hrsg. u. a.), Wiesbaden 1978.

Werner Link, Dr. phil., geb. 1934; seit 1975 Professor der Politikwissenschaft an der Universität Trier.

Veröffentlichungen u. a.: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921—1932, Düsseldorf 1970; Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945—1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978; Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1980.

Geir Lundestad, Dr. rer. pol., geb. 1945; 1971—1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Oslo; 1974—1979 wissenschaftlicher Rat an der Universität Tromsø (Norwegen); seit 1979 Professor für amerikanische Studien an der Universität Tromsø; 1978—1979 Stipendiat an der Historischen Fakultät der Harvard University.

Veröffentlichungen u. a.: The American Non-Policy towards Eastern Europe, 1943—1947, Oslo—New York 1978; America, Scandinavia, and the Cold War, 1945—1949, New York 1980; zahlreiche Buchveröffentlichungen und Artikel zur jüngeren norwegischen Geschichte.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# War der Kalte Krieg unvermeidlich?

## Handlungsspielräume in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945 bis 1950

### Einführung

Das Leitmotiv und die zentrale methodische Perspektive des 34. Deutschen Historikertages in Münster vom 6. bis 10. Oktober 1982 — Handlungsspielräume in der Geschichte — stellten keine Aufforderung an die Geschichtswissenschaftler dar, Geschichte im Optativ zu schreiben und darüber zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn die Geschichte anders verlaufen wäre, als sie tatsächlich verlaufen ist. Ein solcher Versuch würde in Entwürfen fiktiver Geschichtsbilder ohne Realitätsgehalt enden und führte zu „monströsen Resultaten“ (Max Weber).

Die Rekonstruktion von Alternativen und Handlungsspielräumen, die in den Köpfen, in den Gedanken und Lagebeurteilungen, der Zeitgenossen tatsächlich vorhanden waren, hat vielmehr den Sinn, den Geschichtsprozeß vom Schein eines falschen Determinismus zu befreien und die Nachwelt daran zu erinnern, daß auch die Toten ihre Entscheidungsfreiheit und ihre offene Zukunft hatten. Zu diesem Zweck wechselt der Historiker seine gewohnte Perspektive. Er wendet den Blick von seinem Hauptgeschäft ab, nämlich zu verstehen und zu erklären, wie und warum eintrat, was tatsächlich geschehen ist — z. B., warum der Kalte Krieg entstanden ist. Er läßt sich versuchsweise von der alten Leibnizschen Erkenntnis leiten, daß in der geschichtlichen Folge von Entscheidungssituationen und Handlungszusammenhängen mehrere Alternativen zwar nicht *zugleich* möglich, aber in der Regel *gleich* möglich sind. Er erinnert sich an die ebenso fundamentale wie banale Tatsache, daß jedes Ereignis erst mit seinem Eintreten voll determiniert ist.

Wenn der empirische Historiker mit der Frage nach Alternativen auch auf eine *mögliche* Geschichte zielt, auf die — je nach Standort des Betrachters — „verpaßten Chancen“ oder „verhinderten Katastrophen“, so muß er dennoch in einem doppelten Sinne bei der

*wirklichen* Geschichte anknüpfen. Er muß seine Frage gleichsam einem zweifachen Realitätstest unterwerfen. Der erste, in der Regel einfachere Test besteht in dem belegten Nachweis, daß die behauptete Alternative als Plan, Absicht, Wunsch, als kurzfristiges oder langfristiges Ziel im Bewußtsein der Zeitgenossen vorhanden war, aber nicht realisiert wurde. Nachträgliche Konstruktionen, denen dieses Fundament fehlt, bleiben reine Wunschvorstellungen.

Der zweite Test besteht in dem ebenso schwierigen wie notwendigen Versuch, den *Realitätsgehalt* der in den Köpfen von Gruppen oder entscheidenden Individuen vorhandenen Alternativen durch den Nachweis ihrer *Realisierungschancen* zu bestimmen. Dazu nun bedarf es einer Gesamteinschätzung der jeweiligen Entscheidungslage und Handlungsspielräume, deren Ausgangs- und Endpunkt wiederum die Tatsache bleibt, daß diese Chance eben nur eine Chance blieb und nicht Realität wurde. Formal muß eine solche Gesamteinschätzung immer zu folgendem Ergebnis gelangen: Die behauptete Alternative war je realistischer, desto größer, je unrealistischer, desto kleiner die Chance ihrer Verwirklichung war.

Die methodisch disziplinierte Diskussion zwischen Historikern über Alternativen und Handlungsspielräume ist immer ein Disput über ihre Realisierungschancen. Übereinstimmende Antworten und Ergebnisse sind deshalb so selten, weil die diskutierenden Historiker, wie gesagt, durch diese Frage zu einer allgemeinen Interpretation gezwungen werden, zu einem Gedankenexperiment, in dem potentiell alle Faktoren einer Situation rekonstruiert, auf das Regelwissen des Interpreten bezogen und „gewichtet“ werden müssen. Das ist eine der schwierigsten und theoretisch noch unzulänglich aufgeklärten Leistungen des Historikers.

Schließlich schärft die systematische Frage nach den Alternativen den Blick des Historikers für die tatsächlich geschehene Geschichte. Je genauer ein Historiker eine mehr oder weniger offene Entscheidungssituation samt der in ihr vorhandenen Alternativen analysiert, desto eindeutiger und klarer treten in der Regel auch die Ursachen des realen geschichtlichen Verlaufes hervor. Auch in diesem Fall gilt: Nur wer das Mögliche denkt, erkennt das Wirkliche.

Trotz der Legitimität der allgemeinen Fragestellung stellte der konkrete Vorschlag des Verfassers dieser Einführung, eine Sektion des Historikertages zu planen und zu leiten, in der nach Alternativen zum Kalten Krieg und nach Handlungsspielräumen in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes von 1945 bis 1950 gefragt wurde, eine besondere Herausforderung dar, und zwar weil die Mehrzahl der Historiker die Verschärfung des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes zum Kalten Krieg für in hohem Grade determiniert und in diesem Sinne für unvermeidlich halten. Methodisch gesprochen: Die Realisierungschancen von Alternativen werden für klein gehalten.

Auf welcher Grundlage, so wird gefragt, hätte sich angesichts des Wegfalls der einzigen Klammer der Großen Koalition, eben des gemeinsamen Feindes, so etwas wie ein „entspanntes“ Nebeneinander entwickeln können? War das Auseinanderfallen der Koalition nicht der zu erwartende Regelfall, wenn man an die Nachgeschichte der Napoleonischen Kriege oder des Ersten Weltkrieges denkt? Wie hätte eine Kooperation über den Tag des Sieges hinaus möglich sein sollen, angesichts der durch die Niederlage der Achsenmächte und Japans entstandenen Machtvakuen in Europa und Asien; angesichts zweier Weltmächte mit antagonistischen Wert-, Gesellschafts- und Staatssystemen, die beide das *eine Modell* für die ganze Welt und damit den potentiellen Weltbürgerkrieg propagierten; angesichts zweier Weltmächte, deren Politiker die Geschichte radikal anders interpretierten und die Zukunft unterschiedlich entwarfen; angesichts der völlig verschiedenen wirtschaftlichen Ausgangslagen der beiden Staaten und des noch nicht vorhandenen Gleichgewichts des Schreckens? Müßte man nicht eigentlich darüber staunen, daß es nicht zum heißen Krieg in Europa gekommen ist?

Der Überzeugungsdruck dieser und anderer Argumente spiegelt sich auch in den folgen-

den Referaten wider, und es ist kein Zufall, daß nur einer von vier Autoren (Werner Link) eine Alternative zum Kalten Krieg zu erkennen meint.

Noch einige Worte zur zeitlichen Eingrenzung auf die Jahre von 1945 bis 1950: Jeder Kenner der wissenschaftlichen Kontroversliteratur über den Kalten Krieg weiß, daß man Argumente dafür vortragen kann, sowohl die Entstehung des Ost-West-Gegensatzes als auch des Kalten Krieges — beide Phänomene muß man ja nicht als identisch betrachten — anders zu datieren, etwa auf das Jahr 1943 oder gar auf das Jahr 1917. Auch in den folgenden Referaten setzt die Schilderung der Handlungs-, Ereignis- und Absichtszusammenhänge nicht immer erst im Jahre 1945 ein. Dennoch schien es sinnvoll, das Thema auf jene Jahre einzugrenzen, in denen der Konflikt für die Zeitgenossen *manifest* wurde.

In den Jahren von 1945 bis 1947 mußte die Welt erkennen, daß die Hoffnung der Alliierten, ihre Zusammenarbeit über den Tag des Sieges hinaus fortzusetzen, erstaunlich schnell zusammenbrach. An die wichtigsten Konfliktfälle sei stichwortartig erinnert: Polen, Rumänien, Bulgarien, Deutschland, Griechenland, die Türkei, Persien, die UNO, das Problem der amerikanischen Kredite an die Sowjetunion, das Problem des amerikanischen Atomwaffenmonopols. Die dichte Folge dieser Konflikte führte in Ost und West, in der Sowjetunion und den USA, zu einer Neu-einschätzung der weltpolitischen Situation und als Konsequenz ab 1947 zu einer Politik der konfrontativen Blockbildung auf beiden Seiten, eben zum Kalten Krieg. Auch hier nur einige Stichworte: Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Staatsstreich in der Tschechoslowakei, endgültige Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas, Gründung der Bundesrepublik und der DDR, Berliner Blockade, Luftbrücke, Gründung der NATO und des Warschauer Paktes. Mit dem Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg 1949 und dem Beginn des Korea-Krieges im Jahre 1950 war die Konfliktlinie um den Erdball gewandert. Aus der Sicht der USA hatte der Kalte Krieg spätestens 1950 zu einer völligen Umkehr der amerikanischen „Dämonologie“ geführt. Aus den bösen Deutschen, guten Russen, bösen Japanern und guten Chinesen des Zweiten Weltkrieges waren die guten Westdeutschen, bösen Russen, guten Japaner und bösen Chinesen des Kalten Krieges geworden.

Die folgenden vier Referate werden in der Reihenfolge des Vortrags auf dem Historikertag abgedruckt. Sie sind leicht überarbeitet worden, der englischsprachige Vortrag des Norwegers Geir Lundestad wurde ins Deutsche übersetzt. Andreas Hillgruber und Alexander Fischer konzentrieren sich auf mögliche Alternativen der sowjetischen, Geir Lundestad und Werner Link auf mögliche Al-

ternativen der amerikanischen Politik. Dabei sollte ein Tatbestand nicht vergessen werden: Solange der Forschung der Zugang zu den sowjetischen Archiven verwehrt bleibt, sind Aussagen über Optionen und Handlungsspielräume der sowjetischen Seite, sprich: Stalins, sehr viel schwerer zu belegen als Aussagen über Alternativen der amerikanischen Politik.

## Handlungsspielräume der UdSSR in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945—1950

In der folgenden Skizze wird aus der „Not“, daß der internationalen freien Forschung kein Zugang zu solchen sowjetischen Quellen möglich ist, die verlässliche Aufschlüsse über Stalins Einschätzung der weltpolitischen Konstellation 1945 und ihrer Veränderungen in den Jahren bis 1950, über seine grundlegenden außenpolitischen Erwägungen und über die sich in seiner Sicht anbietenden Optionen und Alternativen bei seinen Entscheidungen geben könnten, eine „Tugend“ gemacht. Es soll der Versuch gemacht werden, unter Beachtung von — gleich zu nennenden — Prämissen gleichsam in die Rolle Stalins einzutreten, um über ein Durchdenken der sich wandelnden Situation der Sowjetunion in der internationalen Szenerie jener Zeit einer Beantwortung der Leitfrage dieser Sektion so nahe wie bei der nun einmal auf absehbare Zeit nicht zu ändernden Quellenlage möglich zu kommen. Prämissen dieses Versuchs sind

- 1., daß Stalin aufgrund des Triumphes über Hitler-Deutschland — vielleicht mehr noch als in der Vorkriegszeit — der Alleinherrscher der Sowjetunion war, daß man folglich von einer zentralen, durch keinerlei ‚Pluralismus‘ („Kollektive Führung“ o. ä.) an der Führungsspitze gestörten Willensbildung (unter welchen Einzeleinflüssen subalternen Funktionäre auf Stalin auch immer) und von einer ausschließlichen Umsetzung dieses Willens in außenpolitische Entscheidungen der So-

wjetunion ausgehen kann,

- 2., daß für Stalin die Ideologie des Marxismus-Leninismus nicht ein „Glaubens“-Dogma, keine Richtschnur für sein — insbesondere — außenpolitisches Denken und Handeln, sondern ein Mittel zur Behauptung und Festigung seiner Herrschaft im Innern sowie — auf dem Wege über die von dieser Ideologie her begründete sozialrevolutionäre Umgestaltung (von „oben“; Sowjetisierung) — ein Instrument zur Unterwerfung und dauerhaften Sicherung der sowjetischen Herrschaft über die Satelliten-Staaten und -Völker war, mit anderen Worten: daß Machtkalkül, das Streben nach Machterhalt und Machtsteigerung der (primär auf militärischer Stärke und bürokratischem Apparat beruhenden) Sowjetunion Stalins Erwägungen und Entscheidungen bestimmten. (Kommunistischer ‚Wildwuchs‘ war in seiner Sicht im eigenen Machtbereich wie in der nicht-sowjetischen Welt problematisch, konnte den eigenen Intentionen nur hinderlich sein.) Letztlich ging es Stalin darum, die infolge der enormen Kriegsverluste und -schäden 1945 nur potentielle Weltmacht Sowjetunion zu einer realen Weltmacht — was angesichts der Ausgangslage und des gewaltigen Abstands nur längerfristig, nur in Etappen möglich war — gleichrangig mit der Weltmacht Amerika werden zu lassen, diese schließlich einzuholen und eines Tages zu überholen.

### I. Die Ausgangssituation 1945

Mit dem Sieg über Deutschland und Japan war der unmittelbare Zweifrontendruck (von Mitteleuropa und von Ostasien aus), unter dem sich Stalin seit der Weltwirtschaftskrise gesehen hatte, beseitigt. Diesem Positivum stand jedoch eine weiterhin bedrohliche Gesamtsituation gegenüber: Im Verlauf des Krieges war aus dem bisher größeren Kreis von („imperialistischen“) Großmächten, mit denen sich die Sowjetunion seit ihrer Gründung konfrontiert gesehen hatte, die sich aber bis

zu einem gewissen Grade gegeneinander hatten ausspielen lassen („etablierte“ contra „revisionistische“ Mächte und umgekehrt), ein wesentlich kleinerer Kreis übrig geblieben. Eine einzige Macht, die USA, war als wirklicher Sieger aus dem Kriege hervorgegangen. Sie war den noch verbliebenen Großmächten (Großbritannien, Frankreich) so weit überlegen, daß — entsprechender Wille dieser neuen, zudem (vorerst) durch das Monopol an Nuklearwaffen in einer weltpolitisch singulä-

ren Position befindlichen („imperialistischen“) Supermacht vorausgesetzt — unter ihrer Führung ein relativ geschlossener West-„Block“ gebildet werden konnte, der die Sowjetunion wieder an zwei Fronten (von Westeuropa und von Japan/Ostasien) unter Druck setzen und bedrohen konnte.

An einen „heißen“ Krieg gegen diesen „Block“ war bei der Erschöpfung der eigenen Kräfte, nach den Millionenverlusten und angesichts der Verwüstung großer Teile der westlichen Sowjetunion im Kriege 1941 bis 1945 nicht zu denken. Tito, der im Konflikt um Triest im Mai 1945 einen neuen großen Krieg — Ost gegen West — riskieren wollte, erhielt von Stalin eine klare Absage. Eine längere „Atempause“ wurde unbedingt benötigt. Um den Auf- und Ausbau der eigenen Militärmacht möglichst ungestört vorstatten gehen zu lassen, bestand kein Interesse an einem Kalten Krieg mit den USA (oder dem „Westen“ insgesamt), da dies nur entsprechende Gegenanstrengungen hervorrufen mußte. Das somit naheliegende „Wohlverhalten“ fand allerdings aufgrund der Erfahrungen der Vorkriegszeit und des Zweiten Weltkrieges seine Grenzen. Diese Erfahrungen führten zu drei (auch um den Preis einer ‚Alarmierung‘ des „Westens“) unabweislichen Konsequenzen:

1. Im Interesse einer militärstrategisch notwendigen weiträumigeren Sicherung des sowjetischen Kerngebiets durfte eine Erneuerung des sogenannten „Cordon sanitaire“, jenes Gürtels mittlerer und kleinerer, aus historischen wie politischen und ideologischen Gründen unvermeidbar antisowjetischer souveräner Staaten, von Finnland über die Baltischen Länder bis Rumänien mit Polen als Dreh- und Angelpunkt dieser Kombination nicht zugelassen werden; der „Cordon“ mußte nach Westen verschoben und über eine So-

wjetisierung gleichsam gegen Westen „umgedreht“ werden.

2. Es mußte durch eigene Präsenz und aktive Mitgestaltung der Nachkriegsordnung in Deutschland unter allen Umständen verhindert werden, daß dieses jemals wieder fähig würde oder von anderen Mächten (vor allem den USA) in die Lage versetzt werden könnte, einen neuen „22. Juni 1941“ herbeizuführen, der die Sowjetunion an den Rand der Katastrophe gebracht hatte. Auch im Hinblick auf die eigene Rolle in der Deutschland-Politik besaß eine Lösung des Problems Polen im sowjetischen Sinne eine Schlüsselfunktion.

3. In der Sicht Stalins hatte das Verhalten der Westmächte in mehreren kritischen, ja, in entscheidenden Augenblicken gezeigt, daß diese — unbeschadet der tatsächlich oder scheinbar dominierenden Priorität der Auseinandersetzung mit Hitler-Deutschland — die Sowjetunion nicht als gleichrangigen Partner, sondern als Objekt ihrer politischen Globalstrategie betrachteten (Münchener Abkommen 1938; Angriffspläne Großbritanniens und Frankreichs gegen die Sowjetunion im Winter 1939/40; Verzicht auf eine Zweite Front und effektive Hilfeleistung im Sommer und Herbst 1941, als die Sowjetunion um ihre Existenz kämpfte; Weigerung der USA im Januar 1945, der Sowjetunion einen Kredit zu großzügigen Konditionen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Westrußlands zur Verfügung zu stellen; Ausschluß der Sowjetunion aus der Besetzung und Kontrolle Japans). Es war zu erwarten, daß nach Kriegsende diese Tendenz noch viel stärker heraustreten würde. Auch darum waren die unter 1. und 2. genannten Konsequenzen unabweislich, was immer daraus folgen mochte.

## II. Die Phase Sommer 1945 bis Frühjahr 1947

Solange es offen war, ob sich die USA nicht doch, wie von Roosevelt in Jalta angekündigt, militärisch (d. h. vor allem mit ihren Landstreitkräften aus Zentraleuropa einschließlich Deutschlands) zurückziehen und sich als See-Luft-Macht auf die Sicherung des Atlantiks und allenfalls eines schmalen „Randes“ Westeuropas beschränken würden, galt es in all den Gebieten politisch (relativ) zurückhaltend und flexibel zu bleiben, die nicht im eng-

sten Sinne zum Sicherheitsbereich der Sowjetunion in Ostmitteleuropa gehörten, um durch solche Zurückhaltung und Flexibilität die Tendenz bei den Amerikanern zum Abzug aus Europa zu fördern. Dies traf — in je unterschiedlicher Weise — für das sowjetische Verhalten in Ungarn, Österreich, der Tschechoslowakei, Dänemark/Norwegen, Finnland und im Vierzonen-Deutschland zu, schließlich — im Mittleren Osten — nach längerem

Schwanken auch in Iran und hinsichtlich der Stützpunkt- und für Revisionsforderungen an die Adresse der Türkei.

In dieser Phase brauchte von Stalin auch noch nicht entschieden zu werden, ob er eine westliche „Block“-Bildung als unvermeidlich betrachtete und mit einer straffen „Block“-Bildung im eigenen Bereich (einschließlich der bislang relativ locker gehaltenen Teile) beantworten sollte oder ob eine politische Strategie vorzuziehen sei, die auf einen Versuch der Interessentrennung zwischen den USA und den beiden verbliebenen europäischen Großmächten Großbritannien und Frankreich hinauslief. „Fatal“ (wenn man will: ein echtes Dilemma) für Stalins Spekulationen auf einen Rückzug der USA aus Europa in dieser Phase war, daß in Polen, auf das sich in besonderem Maße die Blicke der USA (und der europäischen Westmächte) richteten, eine Flexibilität wie z. B. in Ungarn nicht möglich war, weil in diesem eine politische und strategische Schlüsselstellung einnehmenden Land mehr noch als in jedem anderen ein Lockerlassen der Zügel mit einer Rückkehr „westlich“ orientierter, antisowjetischer Kräfte an die

Führung und damit zumindest mit einer indirekten Bedrohung der Stellung der Sowjetunion in Deutschland (und damit in Zentraleuropa insgesamt) gleichzusetzen war. Daran hatte auch die Westverschiebung Polens auf Kosten Deutschlands bis zur Oder-Neiße-Linie nichts geändert. In der Polen-Politik gab es für Stalin — nach „Katyn“ und Warschauer Aufstand 1944 — weniger denn je eine Alternative, die den an sich erwünschten Effekt bei den USA (und den europäischen Westmächten) gebracht hätte. Die Hinauszögerung und schließlich die — in Stalins Sicht unvermeidbare — massive Manipulation der Wahlen in Polen im Januar 1947 bildeten folglich auch einen Meilenstein auf dem Wege zur Klärung der amerikanischen Europa-Politik im Sinne eines langfristigen Festhaltens und eines Ausbaus der 1945 gewonnenen Position (einschließlich Westdeutschlands). Sie erfolgte im Frühjahr 1947: Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Entscheidung zur Einbeziehung Westdeutschlands in den West-„Block“ unter Spaltung des „Vierzonen-Deutschlands“ — statt zum Kompromiß mit der Sowjetunion — in der Vorgeschichte zur Moskauer Außenminister-Konferenz im März/April 1947.

### III. Sommer 1947 bis Herbst 1950

Die Klärung der amerikanischen Europa-Politik ließ die Zurückhaltung und Flexibilität in den genannten Ländern (außerhalb der engen sowjetischen Sicherheitszone) obsolet, ja, nunmehr als nicht ungefährlich erscheinen. Die auf eine „volksdemokratische“ Umgestaltung („Sowjetisierung“) dieses weiteren Sicherungsbereichs abzielende Entscheidung hatte wiederum zur Folge, daß sich die zunächst langsame Formierung des West-„Blocks“ unter Führung der USA beschleunigte. Auch Einzelzüge Stalins wirkten ungewollt im gleichen Sinne. Sommer 1948: deutscher Weststaatsplan — Prager Coup — westalliierte Währungsreform in den deutschen Westzonen und Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan — Blockade Berlins — Einbeziehung der Berliner Westsektoren in Währungsreform und Marshall-Plan; Sommer 1949: Nordatlantikpakt, Bildung der Bundesrepublik Deutschland — Proklamierung der DDR; Sommer 1950: Auslösung des Korea-Krieges — Pläne zur Einbeziehung des westdeutschen Wehrpotentials in den West-„Block“ (um nur einige der her-

ausragenden Entscheidungen in der Abfolge zu nennen, nachdem die Grundentscheidung gefallen war).

Auch der wohl von Stalin nicht erwartete schnelle Zusammenbruch des Regimes Tschiang Kai-shek in China und die Etablierung der chinesischen Kommunisten unter Mao (1949/50) beschleunigten das Tempo der Entscheidungen in Europa. Die durch den Korea-Krieg und die Stützung Ho Tschih's in Indochina auf den zweiten großen Schauplatz Ostasien abgelenkten USA sollten in Europa ‚gebremst‘ werden. Die meisten Aktionen brachten für Stalin allerdings nur Teilerfolge, Verzögerungen der Vorhaben im Westen. Die Eröffnung des Korea-Krieges im Juni 1950 wurde sogar zum Bumerang: Sie ließ die bisher nur theoretische Diskussion um eine militärische Einbeziehung Westdeutschlands in den West-„Block“ in ein konkretes Stadium treten und bei Stalin die Vision der gefährlichsten aller weltpolitischen Möglichkeiten für die Sowjetunion am Horizont auftauchen: eine Verbindung zwischen der amerikani-



schen Nuklearmacht und einer erneuerten (west-)deutschen Wehrmacht.

Die bisherige ‚Antwort‘ auf die Formierung des West-„Blocks“ in Gestalt der Formierung des Ost-Blocks und die Gegenzüge und Ablenkungsmanöver vom Hauptschauplatz Europa reichten nicht mehr aus. Auch der Versuch einer (Wieder-)Belebung der Gegensätze zwischen den europäischen Westmächten und den USA durch propagandistische Einwirkung auf Frankreich genügte nicht mehr. Der Hebel mußte vielmehr bei der bislang zwischen „gesamtdeutschen“ Rücksichtnahmen und Bestrebungen zur Sowjetisierung der eigenen Besatzungszone hin- und herpendelnden Deutschland-Politik angesetzt werden. Unter fortlaufender Steigerung der Angebote bei den Vorschlägen zu einer Wiedervereinigung Deutschlands von seiten der Führung der DDR an die Bundesrepublik bis schließlich (im März 1952) in der Stalin-Note zum Ausspielen des letzten Trumpfes (in dem Augenblick, als die Einbeziehung der Bundes-

republik in die EVG perfekt zu sein schien), auf der Basis eines (um die Oder-Neiße-Gebiete) verkleinerten, „neutralisierten“ (d. h. aus den militärischen Blöcken in West und Ost „ausgeklammerten“) wiedervereinigten Deutschlands diesem die Chance zur Übernahme einer — den veränderten Rahmenbedingungen entsprechenden — quasi-„Großmacht“-Rolle zu bieten, um die Spannungen innerhalb des „imperialistischen“ „Lagers“ zu vergrößern, suchte Stalin die Initiative zurückzugewinnen. Doch die Formierung des West-„Blocks“ ließ sich auch jetzt nur noch verzögern, nicht durchkreuzen. Welche große Bedeutung allerdings dieser Zeitgewinn für die Sowjetunion — vor dem Hintergrund des sich seit 1949 abzeichnenden nuklearen Wettlaufs, der in ein die Fronten in Europa zur Erstarrung zwingendes „Patt“ einmündete — einmal haben sollte, war von Stalin Ende 1950 noch nicht zu übersehen und auch beim Tode Stalins im März 1953 noch nicht in vollem Maße erkennbar.

#### IV. War der Kalte Krieg unvermeidbar?

Geht man von Stalins drei Grunderfahrungen der Vorkriegszeit und des Zweiten Weltkrieges und den Konsequenzen aus, die er daraus für die sowjetische Außenpolitik der Nachkriegszeit zog, dann spitzt sich das Problem auf die Frage zu, ob sich die — aus den dargelegten Konsequenzen abgeleiteten — Ziele der Sowjetunion mit denen der USA (und Großbritanniens) vereinbaren ließen. Seit dem Stalingrad-Winter 1942/43 stand ja fest, daß die Sowjetunion nicht, wie die amerikanische und britische politische und militärische Führung 1941 und auch noch 1942 angenommen hatte, dem Ansturm Hitler-Deutschlands erliegen würde — mit der Folge, daß dann die USA und Großbritannien allein Europa (und Ostasien) „befreien“ müßten, allerdings auch in der Lage sein würden, nach ihren Leitvorstellungen eine „Pax Americana“ oder eine „Pax Americana et Britannica“ im globalen Rahmen zu errichten. Vielmehr war es offenkundig geworden, daß die Sowjetunion einen ganz wesentlichen Beitrag zur Niederrichtung Hitler-Deutschlands leisten würde, so daß — wie mit der im Sommer 1943 eingeleiteten Umrüstung der USA auf absoluten Vorrang der See- und Luftrüstung zu erkennen war — sich die Anstrengungen der Amerikaner und Briten lediglich auf einen (relativ kleinen) Teil

der Aufgabe der Niederrichtung Hitler-Deutschlands konzentrieren würden.

Die Schlußfolgerung, die Invasion des deutsch-beherrschten Europas mit den westalliierten Expeditionstreitkräften in Frankreich (und nicht in Südosteuropa) zu vollziehen, implizierte, daß sich bei Kriegsende die von Osten herankämpfende Rote Armee und die Armeen der Westalliierten etwa in der Mitte Europas treffen würden. Formal betrachtet ließ sich über eine genaue Abgrenzung der durch die Vormarschräume der jeweiligen Armeen abgesteckten Interessensphären dann eine (einen Kalten Krieg ausschließende) Einigung erzielen, wenn sich Briten und Amerikaner über das Kriegsende hinaus auf die machtpolitische und strategische Abschirmung eines breiten „Brückenkopfes“ in „Westeuropa“ (von Norwegen über einen — im einzelnen festzulegenden — Teil Mitteleuropas bis Italien und Griechenland) beschränkten, wie es ihren im engeren Sinne machtpolitischen Interessen und militärischen Möglichkeiten als See-Luft-Mächte mit Schwerpunkt auf der Sicherung des Atlantiks entsprach. Demgegenüber war es von vornherein nicht möglich, mit ihnen zu einem Arrangement im großen zu gelangen, wenn die

USA (und Großbritannien) auf den mit globalem Geltungsanspruch vorgetragenen Prinzipien der „Atlantik-Charta“ vom August 1941 beharrten. Da diese Prinzipien zum amerikanischen (und britischen) Selbstverständnis gehörten, konnten sie, wie G. Lundestad in seinem Beitrag mit Recht betont, auch dann nicht einfach aufgehoben und als für den in Frage stehenden „Fall“ als nicht gültig außer Kraft gesetzt werden, wenn sich ein amerikanischer Präsident für ein weltpolitisches Arrangement mit der Sowjetunion auf der Grundlage vollkommen getrennter „Großräume“ oder „Interessensphären“ ausgesprochen und festgelegt hätte, daß die aus dem Selbstverständnis der USA herrührenden Prinzipien nur innerhalb des eigenen „Großraums“ gelten, im sowjetischen „Großraum“ hingegen die marxistisch-leninistischen Prinzipien allein bestimmend sein sollten.

Selbst die — von den USA niemals als bindend angesehene — „Prozent“-Absprache zwischen Churchill und Stalin über den „Einfluß“ der jeweiligen Führungsmacht in den verschiedenen Ländern Südosteuropas vom Oktober 1944 war bekanntlich nicht „hundertprozentig“. Sie ließ vielmehr den Konflikt, wenn auch in — so jedenfalls beabsichtigt — kanalisierter Form, potentiell fortbestehen. Stalin seinerseits war gewiß in der Lage, Absprachen über „Interessensphären“, wenn dies im Interesse der Sowjetunion lag, voll zu respektieren, wie das Beispiel des sowjetischen Verhaltens beim Aufstand der griechischen Kommunisten gegen die Athener Regierung im Dezember 1944 zeigte. Jedoch besaß die theoretisch globale Spannweite der Geltung der marxistisch-leninistischen Doktrin in der Perzeption des „Westens“ ein so starkes Eigengewicht, daß deren Reduktion zu einem Instrument der Herrschaft im eigenen Machtbereich bei Stalin entweder nicht „realisiert“, in jedem Falle nicht als das „letzte Wort“ betrachtet wurde. Das „Mischungs“-Verhältnis von geglaubter Doktrin und deren manipulativem Einsatz, von ökonomischen und strategischen Interessen in der Außenpolitik eines Gegenspielers, wie es die stalinistische Sowjetunion darstellte, war ja — so wird man einräumen müssen — noch schwerer zu durchschauen, als es auch bei weniger hintergründig erscheinenden Gegenspielern der Fall zu sein pflegt.

Einmal unterstellt, es wäre 1945 oder 1946 zu einer „klaren“ Trennung und einem Nebeneinander der Europa teilenden „Großräume“ oder „Einflußsphären“ der USA und der Sowjetunion gekommen — was auch unabhängig von den Intentionen Stalins und des amerikanischen Präsidenten angesichts der politischen Tradition der europäischen Nationen, nicht zuletzt der polnischen, kaum als „reibungsloser“ Vorgang vorstellbar ist —, dann wäre die — dann ruhigere — Entwicklung im sowjetischen Machtbereich doch nur auf eine schnellere und ungestörtere Steigerung des Militärpotentials der Sowjetunion hinausgelaufen (wie es als eine Prämisse bei der Interpretation der Ziele Stalins eingangs genannt wurde), und der große Konflikt [Kalter — oder „heißer“ (?) — Krieg] wäre nach Abschluß der Nachhol- und Aufholphase auf Seiten der Sowjetunion nur mit um so größerer Intensität in Gang gekommen.

Der Kalte Krieg, der unmittelbar aus dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der sich abschließenden (zunächst) regional begrenzten Ziele Stalins und der niemals ihren globalen Geltungsanspruch leugnenden Prinzipien der amerikanischen Politik hervorging, war ja nichts anderes als der Versuch der einen wie der anderen Seite, mit (fast) allen (vor allem diplomatisch-politischen, propagandistischen, ökonomischen und „nachrichtendienstlichen“) Mitteln (also außer den militärischen Mitteln im direkten Einsatz, was Stellvertreterkriege auf Nebenschauplätzen nicht ausschloß) in die Machtsphären des Kontrahenten (vor allem) in Europa hinüberzugreifen und die sich allmählich herausbildende neue Balance zwischen den zunächst relativ locker gefügten, dann zunehmend verfestigten „Blöcken“ zu eigenen Gunsten zu verschieben, nach Möglichkeit völlig in Richtung auf die Hegemonie (im Falle der USA) oder der totalen Herrschaft (im Falle der Sowjetunion) über den ganzen europäischen Kontinent umzustößeln, solange dies — vor allem vor dem Hintergrund des seit 1949 begonnenen nuklearen Wettlaufs der Rüstungen — noch möglich war.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Für Stalin gab es — wahrscheinlich gegen seine ursprünglichen Intentionen — nur innerhalb des Rahmens des Kalten Krieges in begrenztem Maße Optionen oder Alternativen. Es gab sie nicht zum Kalten Krieg selbst.

## Handlungsspielräume der UdSSR in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945 bis 1950

Das Thema dieser Sektion wird von einem Begriff — „Kalter Krieg“ — geprägt, der sowohl in der politischen Publizistik als auch in der historischen Literatur von Ost und West Verwendung findet. Dieser scheinbare Gleichklang sollte nicht über die unterschiedlichen historisch-politischen Implikationen hinwegtäuschen, die hier und da mit dieser Formulierung verbunden werden. Von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß dieser Terminus „keine wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Kategorie“ darstellt, sondern „von der bürgerlichen Presse“ in den USA im Jahre 1947 fast gleichzeitig mit der Verkündung der Truman-Doktrin, dem in östlicher Version „offiziellen staatspolitischen Beginn des ‚kalten Krieges‘“, aufgebracht worden sei. Die Übernahme dieses Schlagwortes in den marxistisch-leninistischen Begriffsapparat beruht nach Aussage des DDR-Historikers Rüdiger Horn allein darauf, „daß er eine außerordentlich schnelle, gedrängte und allgemeinverständliche Reduktion auf das Wesen der imperialistischen Politik und ihre doktrinären Erscheinungsformen der letzten dreißig Jahre möglich macht“<sup>1)</sup>.

Es versteht sich von selbst, daß im Geltungsbereich des Marxismus-Leninismus der Begriff „Kalter Krieg“ — nach Horn ein spontan entstandener Begriff „für eine bewußt erzeugte Politik“<sup>2)</sup> — nicht als wertneutrale Kategorie behandelt, sondern „mit klassenmäßigen Vorzeichen“ versehen wird. Das bedeutet, daß seine internationale Anwendung „untrennbar mit der jeweiligen Auffassung über seine Ursprünge, verbunden“ ist. Der diesbezügliche Handlungsspielraum der marxistisch-leninistischen Historiographie und Publizistik ist eng: Unter dem Zwang der unumstößlichen Prämisse, daß die sowjetische Außenpolitik stets „den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und den gemeinsamen Beschlüssen der Antihitlerkoalition“ gefolgt sei,

wird dem führenden westlichen Gegenspieler im Ost-West-Konflikt, den Vereinigten Staaten von Amerika, die Alleinverantwortung für den Ausbruch des „Kalten Krieges“ zugeschoben<sup>3)</sup>.

Mit der Behauptung, der „Kalte Krieg“ sei ein „spezifischer Ausdruck imperialistischer Aggressionspolitik“ und ein „Produkt des kapitalistischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg“<sup>4)</sup>, kurzum: ein Ergebnis der „aggressiven, konterrevolutionären und antikommunistischen Grundnatur“ des Imperialismus<sup>5)</sup>, wird in der östlichen Historiographie und Publizistik nicht nur eine Version der Vergangenheit formuliert, auf deren Basis die westliche Politik der Gegenwart zur Rechenschaft gezogen werden kann<sup>6)</sup>, sondern auch der Eindruck erweckt, als seien die Handlungsspielräume der osteuropäischen Weltmacht UdSSR, von der hier die Rede sein soll, während des entstehenden Ost-West-Gegensatzes in geradezu beängstigender Weise eingengt worden. Die Rolle der Sowjetunion und der sogenannten sozialistischen Staatengemeinschaft habe, so ist in einschlägigen Publikationen allenthalben nachzulesen, allein darin bestanden, den „realen Sozialismus“ nicht zum willenlosen Spielball „imperialistischer Politik“ werden zu lassen und zu verhindern, sich „bedingungslos irgendeinem politischen Diktat des Westens“ auszusetzen<sup>7)</sup>.

Von dieser sowjetischen Selbstrechtfertigung ist ebensowenig zu halten wie von der amerikanischen Selbstanklage „revisionistischer“ Art in den sechziger Jahren, die bei der Diskussion um Entstehung und Verlauf des „Kalten Krieges“ die politische Konzeption Moskaus nahezu ausblendete oder „in kritikaloser Repetition“ sowjetamtlicher Darstellungen beschrieb<sup>8)</sup>. Unter Berücksichtigung des

<sup>3)</sup> Ebd., S. 122 ff.

<sup>4)</sup> Ebd., S. 123.

<sup>5)</sup> Ebd., S. 125.

<sup>6)</sup> Vgl. die Überlegungen britischer Historiker zu diesem Problem: D. C. Watt, Churchill und der Kalte Krieg, in: Schweizer Monatshefte, 61. Jg., 1981, H. 11 (Sonderbeilage), S. 2.

<sup>7)</sup> Rüdiger Horn, a. a. O. (Anm. 1), S. 123.

<sup>8)</sup> Vgl. Dietrich Geyer, Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg, in: Osteuropa-Handbuch: So-

<sup>1)</sup> Vgl. Rüdiger Horn, Begriff und Wesen des „Kalten Krieges“. Eine zeitgeschichtliche Studie, in: Gegen Imperialismus und bürgerliche Ideologie. Gewidmet dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Jena 1977, S. 120 ff.

<sup>2)</sup> Ebd., S. 125.

tiefgreifenden Wandels im internationalen System als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und den damit verbundenen veränderten Bedingungen, denen sich die UdSSR in den internationalen Beziehungen am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren gegenüber sah, bleibt demgegenüber festzuhalten:

## I.

Wer den Ursachen des Ost-West-Gegensatzes nachgeht, der wird jenes Bündnis samt seiner Brüchigkeit nicht übersehen dürfen, aus dem diese Auseinandersetzung erwuchs: die „Anti-Hitler-Koalition“. Sie ist in der Rückschau nicht nur als „unnatürliches“ und „seltsames“ Bündnis, sondern sogar als „antagonistische Kooperation“ bezeichnet worden<sup>10)</sup>. Der letztere Terminus erinnert nachdrücklich an eine fundamentale Schwäche dieses aus der Not geborenen Zweckverbandes: Das — kurzfristig gemeinsame — Ziel, die Ausschaltung „der gierigsten und räuberischsten Imperialisten unter allen Imperialisten der Welt“<sup>11)</sup>, hatte ideologische und machtpolitische Gegensätze zwischen der Führungsmacht der Kommunistischen Internationale und den angelsächsischen Demokratien zurücktreten lassen; infolgedessen war es nur natürlich, wenn im Jahre 1945 nach den Siegen über Deutschland und Japan die latent vorhandenen Divergenzen wieder sichtbar wurden.

Der allmähliche Zerfall der „Anti-Hitler-Koalition“ ließ die beteiligten Mächte nicht nur der Tatsache inne werden, „daß die Allianz außerstande war, die Probleme des Friedens einvernehmlich zu regeln“. Mit dieser Einsicht wuchs auch die Vorstellung, in einem „nahezu ausweglosen Konflikt“ zu stehen: Während man im Westen davon überzeugt war, „daß die Welt einer tödlichen Bedrohung des Friedens und der Freiheit gegenüberste-

he“, als deren Quelle „der kommunistische Totalitarismus in Gestalt des Sowjetreiches“ ausgemacht wurde, war die sowjetische Politik von der These beherrscht, „daß das ‚imperialistische und antidemokratische Lager‘ unter Führung der USA die ‚Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges‘ betreibt und sich durch ‚Unterstützung reaktionärer und antidemokratischer profaschistischer Regime und Bewegungen‘ dem ‚Kampf gegen Sozialismus und Demokratie‘ verschrieben habe“<sup>12)</sup>. Hier wird deutlich, daß es sich bei der Konkurrenz- und Konfliktsituation im Verlaufe der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes nicht nur um eine vorübergehende machtpolitische Komplikation, sondern vielmehr um einen Zusammenstoß historisch grundverschiedener Welten handelte, der „zur Gattung der ganz oder partiell ideologisch bestimmten Kämpfe von Staaten oder Staatsgruppen“ (Nolte) gehörte. Zupackende Interpreten scheuten sich nicht, diesen Konflikt in einen Zusammenhang mit den „großen, geschichtsentscheidenden Glaubenskämpfe[n]“ zu rücken<sup>13)</sup>.

Von sowjetischer Seite sind keine vertrauensbildenden Maßnahmen eingeleitet worden, um den entstehenden Konflikt zu entschärfen. Entsprechend ihrer ideologischen Grundüberzeugung ist in der Moskauer Führungsspitze schon während der Dauer der „Anti-Hitler-Koalition“ zu keiner Zeit die Schärfe der Widersprüche zwischen „Sozialismus“ und „Imperialismus“ unterschätzt worden. Zudem blieb das tiefe Mißtrauen gegenüber den westlichen Bündnispartnern ebenso bewahrt wie die Überzeugung von der ideologischen Frontstellung der Sowjetunion gegen „die kapitalistische Welt“<sup>14)</sup>. Mit der Auffassung von der Unausweichlichkeit des Konflikts mit den „imperialistischen“ Mächten, die z. B. in der Wahlrede Stalins vom 9. Februar 1946 betont wurde<sup>15)</sup>, war nicht die Vorstellung von einem sofortigen, aber eben unabwendbaren Zusammenstoß verbunden: In fünfzehn bis zwanzig Jahren, so präzisierte Stalin seine diesbezüglichen Vorstellungen in einem Gespräch mit jugoslawischen Kommunisten im

wjetunion, Außenpolitik I: 1917—1955, Köln/Wien 1972, S. 345.

<sup>9)</sup> Vgl. ebd., S. 346 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. Norbert Wiggershaus, Von Potsdam zum Plevan-Plan. Deutschland in der internationalen Konfrontation 1945—1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945—1956, Bd. 1, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München/Wien 1982, S. 10.

<sup>11)</sup> So J. W. Stalin in einer Rede anlässlich des 24. Jahrestages der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ am 6. November 1941 in Moskau: J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1952, S. 28.

<sup>12)</sup> Dietrich Geyer, a. a. O. (Anm. 8), S. 369 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Richard Löwenthal, Der andere Krieg um Deutschland, in: „DIE ZEIT“ vom 13. Juni 1975, S. 12.

<sup>14)</sup> Vgl. Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, 1. Teil: 1917—1945, Berlin (Ost) 1969, S. 475; dazu Norbert Wiggershaus, a. a. O. (Anm. 10), S. 11.

<sup>15)</sup> J. Stalin, Rede in einer Wahlversammlung der Wähler des Stalin-Wahlkreises der Stadt Moskau am 9. Februar 1946, Berlin (Ost) o. J. [1946], S. 4.

April 1945, werde sich die Sowjetunion von den Schäden des Krieges erholt haben und dann werde es „von neuem losgehen“<sup>16)</sup>.

## II.

Vor dem Hintergrund, zeitweilig verdeckter, aber fortbestehender grundsätzlicher Differenzen begann sich die künftige Belastung der internationalen Beziehungen in Form des „Kalten Krieges“ in dem Moment abzuzeichnen, als in Moskau — offenbar im Herbst 1943 — über die Frage entschieden wurde, wie die in ihrem Status als Weltmacht inzwischen unumstrittene UdSSR ihre sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen in eine mit westlichen Auffassungen zu vereinbarende und nach Kriegsende zu schaffende internationale Ordnung einbringen könne. Alle erkennbaren Anzeichen sprechen dafür, daß sich der für die diesbezügliche Planung der sowjetischen Außenpolitik mitverantwortliche M.M. Litwinow, Identifikationsfigur der Politik der „kollektiven Sicherheit“ in den dreißiger Jahren und als ehemaliger Botschafter in Washington einer der wenigen sowjetischen Kenner der amerikanischen Szene, mit seiner Auffassung von der Unverzichtbarkeit der Unterstützung der außenpolitischen Interessen und Absichten der UdSSR durch die angelsächsischen Mächte nicht durchsetzen konnte<sup>17)</sup>.

Dem ideologisch geprägten Sicherheitsdenken des vor allem von Molotow, Wyschinskij und Dekanosow beeinflussten Stalin<sup>18)</sup> genügte der Zuwachs an territorialen Kriegsgewinnen und Annexionen (Ostpolen, das Baltikum, Teile Finnlands, Bessarabien, die Karpato-Ukraine, der südliche Teil der Insel Sachalin einschließlich der umliegenden Inseln, Port Arthur, die südlichen Kurilen) nicht. Die von ihm für erforderlich gehaltene weitere Stärkung der Macht des Sowjetstaates lief im Endeffekt auf einen politisch und gesellschaftlich homogenen Gürtel von — am So-

zialismus sowjetischer Prägung orientierten — Staaten hinaus, für dessen Errichtung die Rote Armee in allen von ihr befreiten Ländern maßgeblichen Anteil hatte<sup>19)</sup>. Diese unbittliche „Befreiungsmission der Sowjetstreitkräfte“<sup>20)</sup> in Europa, insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa, ließ noch vor Beendigung des Zweiten Weltkrieges deutlich werden, daß die Sowjetunion zwar davon zurückschreckte, den weltweit gesteckten Rahmen der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ durch die Einverleibung weiterer fremder Länder auszufüllen. Sie setzte jedoch alles daran, um die Bildung „befreundeter“ Regierungen sicherzustellen, die nach außen den Anschein von Unabhängigkeit und breiter Unterstützung in der Bevölkerung erwecken sollten, im Kern ihrer Existenz aber von der Roten Armee sowie von den Kadern der Kommunistischen Parteien abhängig waren<sup>21)</sup>. Nicht ohne Grund wurde bei einer Bilanz der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlawPURKKA) „über die politische Lage“ in den Ländern bzw. Besatzungszonen Südost- und Mitteleuropas sowie des Iran, in denen sich damals sowjetische Truppen befanden, im September 1945 davon gesprochen, daß die Situation in diesen Ländern „durch tiefgreifende soziale und politische Umgestaltungen im Geiste der Demokratie, durch das ständige Wachstum der politischen Aktivität und Organisiertheit der breiten Volksmassen sowie durch die Verstärkung der Rolle und des Einflusses der antifaschistischen politischen Parteien gekennzeichnet“ sei<sup>22)</sup>.

## III.

Herausragendes Beispiel für eine Politik, die — in der Sprache der GlawPURKKA — darauf hinauslief, „Prestige und Einfluß“ der UdSSR in den von ihr befreiten oder besetz-

<sup>16)</sup> Milovan Djilas, *Der Krieg der Partisanen. Memoiren 1941—1945*, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1978<sup>2</sup>, S. 559; vgl. dazu Edgar Snow, *So fing es an. Erfahrungen mit neuen Zeiten*, Stuttgart 1977, S. 391.

<sup>17)</sup> Vgl. Vojtech Mastny, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa*, München/Wien 1980, S. 264ff.; dazu Edgar Snow, a.a.O. (Anm. 16), S. 387ff.

<sup>18)</sup> Vojtech Mastny, a.a.O. (Anm. 17), S. 269.

<sup>19)</sup> Vgl. Jörg K. Hoensch, *Sowjetische Osteuropa-Politik 1945—1975*, Kronberg/Ts. 1977, S. 12; dazu Norbert Wiggershaus, a.a.O. (Anm. 10), S. 16.

<sup>20)</sup> So der Titel eines Sammelbandes, der die Rolle der Roten Armee im Kampf gegen Deutschland und Japan während des Zweiten Weltkrieges aus sowjetischer Sicht kommentiert: A. A. Gretscho (Hrsg.), *Die Befreiungsmission der Sowjetstreitkräfte im Zweiten Weltkrieg*, Berlin (Ost) 1973.

<sup>21)</sup> Vgl. Jörg K. Hoensch, a.a.O. (Anm. 19), S. 11ff.

<sup>22)</sup> K. L. Selesnjow, *Zur Hilfe Georgi Dimitroffs für die Propaganda der Politorgane der Roten Armee in der faschistischen Wehrmacht*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 14. Jg., 1972, H. 5, S. 803.

ten Ländern zu festigen, war Polen. Aus wahltaktischen Überlegungen im besonderen Blickfeld des amerikanischen Präsidenten gelegen, wurde um seine äußere und innere Gestaltung zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten so intensiv gerungen, daß die „polnische Frage“ im Zeitraum zwischen der Entdeckung der Massengräber von Katyn im April 1943 und den Gesprächen zwischen Stalin und Roosevelts Sonderbotschafter Hopkins im späten Frühjahr 1945 zum Barometer für den Fortbestand der „Anti-Hitler-Koalition“ wurde <sup>23)</sup>.

Es ist erwiesen, daß insbesondere das Verhältnis zwischen Moskau und seinem britischen Bündnispartner durch Stalins Entscheidung, die Truppen der Roten Armee ausgerechnet in dem Moment Gewehr bei Fuß verharren zu lassen, als der — auch im Vertrauen auf sowjetische Unterstützung begonnene — Warschauer Aufstand im August 1944 das energische Eingreifen von Truppen der „Weißrussischen Front“ Marschall Rokossovskijs erfordert hätte, eine beträchtliche Belastung erfuhr <sup>24)</sup>. Die sicherheitspolitisch motivierte sowjetische Forderung nach einer „freundschaftlich gesinnten“ Regierung in Warschau ließ aufgrund „von Stalins extrem enger Definition von Freundschaft“ sowie durch die eigenmächtige, gegen die Bitten und Mahnungen des amerikanischen Präsidenten von Moskau initiierte Etablierung einer Provisorischen Polnischen Regierung kaum Möglichkeiten für eine einvernehmliche Regelung der „polnischen Frage“ offen <sup>25)</sup>.

Mit dem — bei Kriegsende noch geheimgehaltenen — Abschluß eines Abkommens über die polnische Staatsgrenze zwischen dem kommunistisch beherrschten „Provisorischen Komitee der Nationalen Befreiung“ und der Regierung der UdSSR vom 27. Juli 1944 <sup>26)</sup>, in dem ohne Zustimmung der Westmächte über Ostpreußen und Danzig verfügt und die Durchsetzung der Oder-Neiße-Linie als polni-

sche Westgrenze beschlossen wurde, trat eine politische Linie Moskaus hervor, die nichts von internationalen Vereinbarungen im Rahmen der „Anti-Hitler-Koalition“ oder der Organisation der Vereinten Nationen hielt, sondern auf die normative Kraft der Roten Armee und der unter ihrem Schutz agierenden kommunistischen Funktionäre setzte.

#### IV.

Maßgebliche Bedeutung für die Entstehung und die Unvermeidbarkeit des „Kalten Krieges“ hat die dynamische Grundkonzeption der sowjetischen Außenpolitik für den westlichen Rest Europas. Die während des Zweiten Weltkrieges zu beobachtende restriktive Politik Stalins gegenüber Frankreich hat ebenso wie seine ablehnende Haltung gegenüber Konföderationen und Allianzen zwischen europäischen Staaten frühzeitig die Meinung auskommen lassen, daß die Europapolitik Moskaus darauf abzielte, zunächst einmal „die Einflußsphäre der Sowjetunion in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa so weit wie möglich auszudehnen, um einen maximalen strategischen und politischen Gewinn zu erzielen“, darüber hinaus jedoch Resteuropa militärisch und politisch ohnmächtig zu halten, um dort keinerlei Machtzentren aufkommen zu lassen <sup>27)</sup>. Seit kurzem ist nachgewiesen, daß diese These wesentlich erweitert werden muß: Die sowjetische Nachkriegspolitik ist demnach im wesentlichen von der „Konzeption eines sozialistischen Europas“ bestimmt worden. Darunter sind — so der im Exil lebende tschechoslowakische Historiker Karel Kaplan — „die Vorstellungen Stalins über den allmählichen Sieg der Revolution in Europa und die Erweiterung des sowjetischen Einflusses auf den gesamten Kontinent“ zu verstehen <sup>28)</sup>.

Unter der Voraussetzung konzipiert, daß das militärische Engagement der USA nicht von Dauer sein würde und sowohl Großbritannien als auch Frankreich eine nachhaltige bzw. entscheidende Schwächung ihrer Großmacht-

<sup>23)</sup> Manfred Görtemaker, Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943—1979, München 1979, S. 18f.

<sup>24)</sup> Vgl. Llewellyn Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, Vol. III, London 1971, S. 215ff.; dazu W. Averell Harriman/Elie Abel, In geheimer Mission. Als Sonderbeauftragter Roosevelts bei Churchill und Stalin 1941—1946, Stuttgart 1979, S. 269ff.

<sup>25)</sup> Antony Polonsky (Ed.), The Great Powers and the Polish Question 1941—1945. A Documentary Study in Cold War Origins, London 1976, S. 46f.

<sup>26)</sup> Alexander Uschakow, Das Erbe Stalins in den deutsch-polnischen Beziehungen, Köln o. J., S. 14ff.

<sup>27)</sup> Martin Geiling, Außenpolitik und Nuklearstrategie. Eine Analyse des konzeptionellen Wandels der amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion (1945—1963), Köln/Wien 1975, S. 10.

<sup>28)</sup> Karel Kaplan, Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945—1948, München/Wien 1981, S. 90f.

position erfahren hatten, ging die sowjetische Führung davon aus, daß die UdSSR imstande und als siegreiche Großmacht auch berechtigt sei, das Machtvakuum in Europa auszufüllen „und so schrittweise ihren Einfluß und den Sozialismus auf den gesamten Kontinent auszudehnen“. Stalin kalkulierte offenbar damit, „daß zusammen mit der allgemeinen Verlagerung Europas nach links soziale Krisen in den westlichen Staaten die Voraussetzungen für ein machtpolitisches Übergewicht der Kommunisten, insbesondere in Italien, Frankreich und Deutschland, bilden würden“<sup>29)</sup>. Im Vertrauen auf den beträchtlichen politischen Einfluß der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien sowie auf den Führungsanspruch der deutschen Kommunisten, die in vermeintlicher Ermangelung einer sozialdemokratischen oder „bürgerlichen“ Alternative die politische Führung und Erziehung der deutschen Nation<sup>30)</sup> zu übernehmen beabsichtigten, scheint in Moskau die Vorstellung geherrscht zu haben, den größeren und wesentlichen Teil Europas „auf friedlichem Wege“ in die sowjetische Einflußsphäre integrieren zu können. Es muß dahingestellt bleiben, ob Stalin nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für kurze Zeit bereit gewesen ist, einen „britischen Weg“ zur „Verwirklichung des Sozialismus in Europa“ als gleichrangig mit dem sowjetischen anzuerkennen und Großbritannien eine eigenständige Position im internationalen Kräftefeld zuzubilligen<sup>31)</sup>.

## V.

Nachdem in den Reden von Churchill in Fulton und von Byrnes in Stuttgart Vorbehalte gegenüber der sowjetischen Europapolitik laut und mit der Truman-Doktrin Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden, gab aus Moskauer Sicht offenbar der Marshall-Plan der sowjetischen Führungsspitze die letzte Gewißheit, sich auf eine völlig veränderte Situation einstellen zu müssen. Nunmehr mit den USA als dauerhaftem Faktor in der europäischen Politik konfrontiert, verschoben sich die Voraussetzungen für die Stalin'sche „Konzeption eines sozialistischen Europa“ grundlegend: In Moskau mußte seitdem davon ausge-

gangen werden, daß die von den Verwüstungen des Krieges verschont gebliebene und damit ungebrochene Wirtschaftskraft der überseeischen Weltmacht imstande sein würde, „die Ursachen der erwarteten sozialen Krisen und Unruhen in den westeuropäischen Ländern zu beseitigen“<sup>32)</sup>.

Ohne das langfristige Ziel, die „Konzeption eines sozialistischen Europa“, aufzugeben, reagierte die Moskauer Führung auf die amerikanische Politik der „Eindämmung“ mit einer politischen und organisatorischen Straffung ihres ostmittel- und südosteuropäischen Einflußbereiches. Ein erstes Anzeichen dafür war die Bildung des Kommunistischen Informationsbüros („Kominform“) im September 1947. Die vorrangliche Aufgabe dieses von der vorbehaltlosen Anerkennung der führenden Rolle der KPdSU geprägten „Nachkriegszentrums der kommunistischen Bewegung“ (Kaplan) bestand darin, in der osteuropäischen Einflußzone der UdSSR „eine Steuerung der kommunistischen Bewegungen, ihre Disziplinierung und Aktivierung mit dem Ziel [zu] ermöglichen, die totale Konformität zu erreichen“<sup>33)</sup>.

Der mit dem Ziel der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Blockbildung in Gang gesetzte Umformungsprozeß stoppte nationalkommunistische Tendenzen in Ostmittel- und Südosteuropa und führte im Endeffekt dazu, „daß die verfassungsmäßigen Organe dieser Staaten die Entscheidung über das Schicksal ihrer Länder verloren und sich in ein Instrument der sowjetischen Machtpolitik verwandelten“. Die Durchsetzung des sowjetischen Modells und der damit verbundene Versuch der Vereinheitlichung der gesellschaftlichen Strukturen in diesen Ländern wurde mit stalinistischen Methoden nach leninistischen Grundsätzen vollzogen, die noch heute für die sogenannte sozialistische Staatengemeinschaft gültig sind: Zu nennen wären hier u. a. Führungsanspruch und Machtmonopol der Kommunisten, die Verstaatlichung der Industrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie der forcierte Ausbau der schwerindustriellen Produktion<sup>34)</sup>.

Die auf dem Gründungskongreß des Kominform gegebenen Anstöße für einen Gleich-

<sup>29)</sup> Ebd., S. 91.

<sup>30)</sup> Vgl. Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—1945, Stuttgart 1975, S. 88.

<sup>31)</sup> Karel Kaplan, a.a.O. (Anm. 28), S. 91.

<sup>32)</sup> Ebd., S. 101; vgl. dazu Othmar Nikola Haberl, Die Sowjetunion und der Marshall-Plan, in: Ekkehart Krippendorff (Ed.), The Role of the United States in the Reconstruction of Italy and West Germany, 1943—1949, Berlin 1981, S. 332 ff.

<sup>33)</sup> Jörg K. Hoensch, a.a.O. (Anm. 19), S. 48.

<sup>34)</sup> Karel Kaplan, a.a.O. (Anm. 28), S. 102.

schaltungsprozeß hin zu einem „Ostblock“, dessen Grundlage die These von der Spaltung der Welt in zwei Lager war, wurden von den „Moskowitern“ unter den kommunistischen Parteiführern in Ostmittel- und Südosteuropa bereitwillig aufgenommen. Die Ausschaltung der organisierten Opposition und die Errichtung des monolithischen Regimes der kommunistischen Parteien ist daraufhin vor allem in Ungarn und Bulgarien entschlossen vorangetrieben worden, während sich Polen und Rumänien nur zögernd anschlossen und die den Ereignissen zunächst hinterherhinkende Tschechoslowakei den in anderen „Volksdemokratien“ rasch vorankommenden Gleichschaltungsprozeß erst nach dem Februar 1948 „in raschem Tempo und mit großer Effizienz“ nachvollzog<sup>35)</sup>.

## VI.

Ohne auf das Sonderproblem der offenen „deutschen Frage“ und auf neue Entwicklungen in Asien, längere Zeit ein „Nebenkriegschauplatz“ des Ost-West-Konflikts, eingehen zu können, bleibt zum Schluß im Blick auf die Ausgangsfrage festzuhalten: Abgesehen von — entweder nicht weiterverfolgten oder gescheiterten — Möglichkeiten im Vorfeld des „Kalten Krieges“ (Abstimmung der sowjetischen Interessen mit den angelsächsischen Mächten nach den Vorstellungen Litwnows<sup>36)</sup>; Nationalkomitee „Freies Deutschland“<sup>37)</sup>; bewaffneter Aufstand in Deutschland gegen Hitler<sup>38)</sup>), die der Moskauer Politik zu-

mindest kurzfristig eine andere Richtung hätten geben können, gab es für die UdSSR aufgrund der zielgerichteten Politik Stalins keine Alternative zum „Kalten Krieg“, wie er sich in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte.

Bemerkenswert bleibt, daß die expansionistische Europa-Konzeption Moskaus erst in dem Moment fallengelassen und durch eine auf „den Aufbau eines in sich festgefügtten, der absoluten Kontrolle der Moskauer Zentralgewalt unterstehenden Satellitensystems“ ausgerichtete Hegemonialpolitik ersetzt wurde, als die Westmächte der Stalin'schen „Strategie der sukzessiven Expansion“ (Geiling) Widerstand entgegengesetzten. Von diesem Zeitpunkt an war die Aufteilung Europas in zwei große antagonistische Interessensphären nicht mehr ernstlich zu verhindern: Der Teil des Kontinents, der dem direkten sowjetischen Zugriff preisgegeben war, vermochte sich aus eigener Kraft politisch nicht länger zu behaupten, und westlich des „Eisernen Vorhangs“ wurde die Konsolidierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse „nur unter der Voraussetzung eines entschiedenen amerikanischen Einsatzes“ möglich<sup>39)</sup>.

In den internationalen Beziehungen ergaben sich erst in dem Moment wieder Handlungsspielräume, als im März 1953 mit Stalin der Protagonist einer „maximalistischen Sicherheitspolitik“ (Weingartner) der UdSSR von der politischen Bühne verschwand<sup>40)</sup>. Bis zu diesem Zeitpunkt jedoch gab es von der Moskauer Warte aus keinen Anlaß, nach Alternativen zum „Kalten Krieg“ Ausschau zu halten.

<sup>35)</sup> Vgl. Jörg K. Hoensch, a.a.O. (Anm. 19), S. 49f.; und Kaplan, S. 104ff.

<sup>36)</sup> Vojtech Mastny, a.a.O. (Anm. 17), S. 269f.

<sup>37)</sup> Alexander Fischer, a.a.O. (Anm. 30), S. 53ff.

<sup>38)</sup> Ebd., S. 138.

<sup>39)</sup> Martin Geiling, a.a.O. (Anm. 27), S. 16.

<sup>40)</sup> Vgl. Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1974, S. 346f.



# Handlungsspielräume der USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945—1950

## Vorbemerkung

Handlungsspielräume einzuschätzen, ist bekanntlich ein schwieriges Unterfangen. Die mannigfachen methodischen Schwierigkeiten können hier nicht im einzelnen erörtert werden. Ohne eine Minimalreflexion dürfte man indes nicht auskommen. Es sei mithin wenigstens angedeutet, daß ich davon ausgehe, daß Handlungsspielräume in der internationalen Politik und Außenpolitik durch objektive und subjektive Faktoren bestimmt bzw. umgrenzt werden:

— durch die Strukturen der internen und externen Umwelt, d. h. durch die Strukturen des jeweiligen Staates und der jeweiligen Gesellschaft (einschließlich der jeweiligen Wertesysteme) und durch die Struktur des internationalen Systems,

— durch die Perzeptionen der jeweiligen Strukturen seitens der Akteure bzw. Akteursgruppen, wobei diese Perzeptionen und Definitionen ihrerseits durch das Wertesystem der betreffenden Akteure, durch die internen Informationssysteme und dergleichen bedingt sind.

Dabei ist generell zu beachten, daß für die Handlungsoptionen zunächst entscheidend ist, wie die interne und internationale Umwelt subjektiv wahrgenommen wird (nicht wie sie „objektiv“ ist bzw. nicht wie sie vom Historiker ex post aufgrund wissenschaftlicher Analyse gesehen wird). Was die Umsetzung von politischen Entscheidungen in die politische Wirklichkeit anbelangt, so ist hingegen nicht die subjektiv definierte Umwelt, sondern die „objektive“ operationale Umwelt ausschlaggebend. Dieser Zusammenhang ist spätestens seit den Untersuchungen von Harold und Margaret Sprout mit allen seinen Implikationen reflektiert und systematisch diskutiert worden, so daß hier darauf verwiesen werden kann<sup>1)</sup>. Bevor diese Einsichten auf unsere Fragestellung angewendet werden, muß vorab erstens geklärt werden, was unter „Kalter Krieg“ und „Ost-West-Konflikt“ verstanden wird. Dann sind zweitens die Knotenpunkte der Entwicklung, die zum Kalten Krieg führte, zu bestimmen, um schließlich drittens nach den möglichen Alternativen und ihren wahrscheinlichen Ergebnissen in der „objektiven“ Umwelt zu fragen.

## I. Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg

Der Ost-West-Konflikt ist nach meinem Verständnis<sup>2)</sup> ein struktureller Konflikt, und zwar deshalb, weil die widerstreitenden Vorstellungen über die angestrebten internen und internationalen Strukturen, d. h. über die Organisationsprinzipien von Gesellschaft, Staat und Staatenwelt, den Inhalt der unvereinbaren Tendenzen ausmachen: kommunistisches

gegen demokratisches Ordnungsprinzip, klassenpolitisches gegen nationalstaatliches Ordnungsprinzip, und zwar seit 1917 verbunden mit der machtpolitischen Staatenkonkurrenz. Die kritische Spannung, die durch das aktive Verfolgen dieser entgegengesetzten Tendenzen mit universalem Anspruch entstand bzw. entsteht, bedroht den internationalen Beziehungszusammenhang und kennzeichnet den Ost-West-Konflikt.

Da dieser Konflikt im Kern nicht lösbar erscheint, erlangt die Konfliktregulierung zentrale Bedeutung. Idealtypisch können folgende Politiken zur Verminderung oder gar

<sup>1)</sup> Harold Sprout/Margaret Sprout, *Ökologie, Mensch — Umwelt*, München 1971. Vgl. auch Robert F. Berkhofer (Jr.), *A Behavioral Approach to Historical Analysis*, New York und London 1969.

<sup>2)</sup> Ausführlicher dazu Werner Link, *Der Ost-West-Konflikt*, Stuttgart u. a. 1980; dort auch die einschlägigen Literaturhinweise.

Beseitigung der kritischen Spannung unterschieden werden:

1. Integration (Verdichtung des Beziehungszusammenhangs),
2. Regression (Verminderung der Beziehungen, Abgrenzung, Gegenmachtbildung),
3. Kampf (Revolution bzw. Krieg zur gewalttätigen Schaffung eines neuen Beziehungszusammenhangs),
4. Isolation (Rückzug aus dem Beziehungszusammenhang).

In der politischen Wirklichkeit des Ost-West-Konflikts sind verschiedene Mischungen zwischen diesen Grundelementen der Konfliktregulierung zu beobachten — je nach Grad der tatsächlichen oder perzipierten Gemeinsamkeiten und Gegensätze (wobei sich das oben angedeutete Problem ergibt, daß die Perzeptionen und die „objektive“ Realität

nicht immer übereinstimmen). Nach meinem Verständnis ist also *nota bene* die Entstehung des Kalten Krieges nicht identisch mit der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes. Nach der stärkeren Akzentuierung der integrativen Elemente, die im west-östlichen Beziehungszusammenhang aufgrund des gemeinsamen Kampfes gegen die Achsenmächte („antagonistische Kooperation“) erfolgte, ist der Kalte Krieg als eine neue Phase des Ost-West-Konfliktes durch die stärkere Akzentuierung der regressiven Abgrenzung und der kämpferischen Konfrontation gekennzeichnet. Die Frage ist, ob dieses Mischungsverhältnis der „objektiven“ Situation und deren Perzeption durch die amerikanischen Akteure *allein* entsprach oder ob sich (unter Berücksichtigung der internen und internationalen Strukturen) andersartige Mischungsverhältnisse als realistische Alternativen zur tatsächlichen Politik des Kalten Krieges anboten.

## II. Knotenpunkte der Entwicklung zum Kalten Krieg

Um nach den Alternativen Ausschau halten zu können, müssen (wie oben erwähnt) vorab diejenigen Knotenpunkte identifiziert werden, die für die Entwicklung des Kalten Krieges bedeutsam waren, so daß statt einer integrativ-kooperativ akzentuierten Friedensordnung (wie sie im UN-Entwurf vorgesehen war) eine regressiv-konfrontative Politik zustande kam.

Der Grundgegensatz zwischen den universalistischen Tendenzen der kommunistischen und demokratisch-kapitalistischen Ordnungsvorstellungen konkretisierte sich bei Kriegsende (unter den Bedingungen der machtpolitischen Asymmetrie zwischen den USA und der UdSSR sowie des Machtvakuumms in Mitteleuropa, im Mittelmeerraum und in Asien!) zu einem Gegensatz zwischen Universalismus und Interessensphärenpolitik. Diesen Sachverhalt habe ich an anderer Stelle ausführlicher beschrieben<sup>3)</sup>:

Auch ohne das amerikanische Atomwaffenmonopol (dazu in Abschnitt IV) hätte sich das amerikanische Übergewicht unter den Bedingungen der Kooperation zumindest kurzfristig und mittelfristig voll auswirken können, wenn die internationalen Beziehungen sich frei von Interessenzonen hätten entfalten

können. Insbesondere auf ökonomischem Gebiet war das Potential der USA überwältigend, und hier war auch die eigentliche Verbindungsstelle, an der sich der machtpolitische Wettbewerb mit dem systemischen untrennbar verband. Der nicht-diskriminierende freie Handels- und Wirtschaftsverkehr hätte die marktwirtschaftliche Ordnung unter Führung der USA weltweit stabilisiert. Da aber sowohl die amerikanischen als auch die sowjetischen Führungseliten davon überzeugt waren, daß eine untrennbare Einheit zwischen wirtschaftlicher und politischer Ordnung existiert, hätte wirtschaftliche Überlegenheit zugleich auch politische Überlegenheit bedeuten können, d. h., das sowjetische Regime wäre einem Anpassungsdruck ausgesetzt gewesen. Aus dem Widerstand gegen diese Gefahr kann zumindest teilweise (neben anderen Faktoren, auf die hier nicht eingegangen wird) die sowjetische Abgrenzungspolitik erklärt werden. Die sowjetische Interessensphärenpolitik war insofern — ändern als die britische — nicht nur ein Element der internationalen Staatenkonkurrenz, sondern auch Ausdruck der ordnungspolitischen Konkurrenz (die im übrigen auch aus sowjetischer Sicht durchaus global angelegt war). Die objektiv widerstrebenden Tendenzen, nämlich gegensätzliche Universalismen und Interessensphärenpolitik, gefährdeten die projek-

<sup>3)</sup> Ebd., S. 98 ff.

tierte Friedensordnung. Die Frage war, ob eine Vermittlung zwischen den widerstreitenden Tendenzen und Interessen gefunden werden könnte, etwa im Sinne einer Verbindung von partieller Zusammenarbeit und selektiver, gemäßigter Interessensphärenpolitik.

Neuere Forschungen (insbesondere die Studien von Eduard Mark<sup>4)</sup> haben gezeigt, daß nicht nur (was bekannt war) beide Seiten de facto Interessensphärenpolitik betrieben haben, sondern daß die amerikanische Regierung versuchte, trotz verbalen Festhaltens an einer universalistischen Regelung die sowjetische Interessensphärenpolitik in Osteuropa im Sinne der oben genannten Vermittlung mit der projektierten globalen Ordnung kompatibel zu halten. Der amerikanische Widerstand richtete sich gegen eine *Beherrschung* Osteuropas durch die Sowjetunion. Die Regierungen Roosevelt und Truman waren aber bereit, ein regionales Arrangement der Sowjetunion in Osteuropa zu tolerieren, das der Sowjetunion einen bestimmenden und überwiegenden Einfluß (vor allem in außenpolitischen Fragen!) einräumte. Nimmt man die präzise, aufgrund historischer Analyse gewonnene Begriffsbestimmung von Heinrich Triepel<sup>5)</sup>, so läßt sich die amerikanische Kompromißlinie folgendermaßen beschreiben: Die amerikanische Osteuropapolitik war — um die Zusammenarbeit mit der UdSSR bei der Errichtung einer globalen Friedensordnung zu erhalten — willens, eine sowjetische Hegemonie (aber nicht eine sowjetische Herrschaft!) in Osteuropa zu akzeptieren. Die amerikanischen Regierungen haben diese Politik stillschweigend praktiziert. Nach außen, vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung, wurde der Schein aufrechterhalten, daß die universalistische Ordnung den Prinzipien der Atlantik-Charta gemäß verwirklicht würde; dadurch entstanden überhöhte Erwartungen, die dann handlungsbegrenzend wirkten. Gegenüber der Sowjetunion wurde dieser Kompromiß zwischen universalistischer Ordnung (UNO) und Interessensphärenpolitik „gleitend“ und gewissermaßen unter der Hand praktiziert, nicht explizit in einem *quid pro*

quo ausgehandelt; die Regelung der strittigen Fragen wurde aufgeschoben bis nach Kriegsende bzw. bis nach der Errichtung der UNO („policy of postponement“<sup>6)</sup>). Diese Osteuropapolitik des stillschweigenden Kompromisses scheiterte, weil die Sowjetunion (abgesehen von Finnland) sich nicht mit einer Hegemonie zufrieden gab, sondern ein „excessively dominating“ praktizierte, weil sie (wie Harriman dem Präsidenten Truman erläuterte) gegenüber den osteuropäischen Staaten nicht nur Einfluß auf deren Außenpolitik ausübte, sondern die Ausdehnung des sowjetischen Systems mit Geheimpolizei, Auslöschung der Redefreiheit usw. betrieb<sup>7)</sup>.

In der Literatur ist mit Verwunderung festgestellt worden, daß diese Beherrschungspolitik von den amerikanischen Diplomaten vor Ort klar gesehen wurde, daß aber trotzdem im State Department und in der Regierung am kooperativen Konzept prinzipiell lange Zeit festgehalten wurde. Energische Schritte gegen die sowjetische Beherrschungspolitik wurden nicht unternommen — vielmehr wich die amerikanische Regierung schrittweise zurück (von den Waffenstillstandsabkommen zur Anerkennung der osteuropäischen Regierungen nach bloß kosmetischen Korrekturen bis zum Abschluß der Friedensverträge im Februar 1947!). Das heißt, praktisch wurde die sowjetische Einflußsphärenpolitik lange Zeit toleriert. Man hat zur Erklärung individualpsychologische Gesetzmäßigkeiten — Dissonanzreduktion u. ä. — herangezogen<sup>8)</sup>. Diese Mechanismen mögen eine Rolle gespielt haben. Wichtiger scheint mir eine andere Ein-

<sup>4)</sup> Vgl. Lynn Etheridge Davis, *The Cold War Begins, Soviet-American Conflict over Eastern Europe*, Princeton (N. J.) 1974, S. 391 f.: American officials „regularly acknowledged to themselves that the Soviet Union would exercise ‚predominant‘ influence in Eastern Europe after the war and that the Soviet Union had ‚more direct‘ interests in this part of the world than the United States. They never defined, however, what they meant by these statements. More importantly, they never informed the Soviet Union of their willingness to recognize Soviet ‚predominant‘ interest in Eastern Europe nor undertook to clarify for the Soviet Union exactly what United States intentions were in Eastern Europe. This failure to communicate the specific nature of American goals resulted in no serious effort being undertaken by either government to work out a possible compromise between Soviet and American interests in Eastern Europe.“

<sup>7)</sup> Diese (und weitere) Zitate bei Eduard Mark, a. a. O. (Anm. 4), S. 327.

<sup>8)</sup> Hugh De Santis, *Conflicting Images of the USSR: American Career Diplomats and the Balkans, 1944—1946*, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 94, No. 3, Herbst 1979, S. 475—494 (hier S. 491 ff.).

<sup>4)</sup> Eduard Mark, *American Policy toward Eastern Europe and the Origins of the Cold War, 1941—1946: An Alternative Interpretation*, in: *Journal of American History*, Vol. 68, September 1981, No. 2, S. 313—336.

<sup>5)</sup> Heinrich Triepel, *Die Hegemonie*, Aalen 1974<sup>2</sup>. Danach ist Hegemonie (im Unterschied zu Herrschaft) gebändigte Macht, vorwiegender Einfluß, „control“ (im englischen Wortsinn).

sicht zu sein: Osteuropa spielte nur indirekt eine Rolle bei der Entstehung des Kalten Krieges. Entscheidend im territorialen Bereich (neben der atomaren Frage) waren die 1946 erkennbaren Anzeichen, daß die Sowjetunion versuchte, gewaltsam über die osteuropäische Einfluß- und Herrschaftssphäre hinauszugreifen (Türkei, Dardanellen, Persien, Griechenland, Tripolitanien)<sup>9)</sup>. Osteuropa war nur insofern ein Testfall, als dort infolge der sowjetischen Herrschaftspolitik die von den USA unter der Hand versuchte Vermittlung zwischen universeller Ordnung und Interessensphärenpolitik mißlang. Damit war der Erfahrungshintergrund geschaffen, der in Analogie zu den dreißiger Jahren interpretiert wurde. Vor diesem Erfahrungshintergrund schien es jetzt (1946/47) nicht mehr wahrscheinlich zu sein, daß für die Dardanellenfrage, für Iran etc. ein Kompromiß möglich und vertretbar war. Pointiert ausgedrückt: Nicht die Errichtung der sowjetischen Einflußzone in Osteuropa, sondern der Versuch der Sowjetunion, unter Gewaltandrohung darüber hinauszugreifen, führte zur Containment-Politik und damit zum Kalten Krieg.

Noch bedeutsamer als diese territorialen Probleme war die Behandlung der atomaren Frage. Der Ausschluß der UdSSR von der Teilhabe an dem atomaren Geheimnis, die „policy of exclusion“ (Acheson), die sowohl von der Regierung Roosevelt als auch von der Regierung Truman betrieben wurde, war objektiv der Haupthinderungsgrund für die Fortsetzung der kooperativ-integrativen Politik — und dies wurde auch subjektiv von den verantwortlichen amerikanischen Politikern so perzipiert und antizipiert. Als Beleg sei hier lediglich das Memorandum zitiert, das der Acting Secretary of State, Dean Acheson, am 25. September 1945 für Präsident Truman verfaßt hat:

„(4) At the present time the joint development of this discovery with the U.K. and Canada must appear to the Soviet Union to be unanswerable evidence of an Anglo-American combination against them. To their minds, there is much other evidence of this. (5) It is impossible that a government as powerful and power conscious as the Soviet Government could fail to react vigorously to this situation.

<sup>9)</sup> Vgl. Werner Link, a. a. O. (Anm. 2), S. 109ff., und ausführlicher (mit breiten Quellenbelegen) Bruce R. Kubie, *The Origins of the Cold War in the Near East*, Princeton (N. J.) 1980.

It must and will exert every energy to restore the loss of power which this discovery has produced. It will do this, if we attempt to maintain the policy of exclusion, in an atmosphere of suspicion and hostility, thereby exacerbating every present difficulty between us. For us to declare ourselves trustee of the development for the benefit of the world will mean nothing more to the Russian mind than an outright policy of exclusion. (6) Over-all disagreement with the Soviet Union seems to be increasing. Yet I cannot see why the basic interests of the two nations should conflict. Any long range understanding based on firmness and frankness and mutual recognition of the other's basic interests seems to me impossible under a policy of Anglo-American exclusion of Russia from atomic development. If it is impossible, there will be no organized peace but only an armed truce.“<sup>10)</sup>

Auch zeitgenössische Analytiker sahen und betonten diesen Zusammenhang. Wissenschaftler wie Niels Bohr<sup>11)</sup> und Arnold Wolfers<sup>12)</sup> (um nur zwei Beispiele zu nennen) plädierten für direkte amerikanisch-sowjetische Verhandlungen zum Zwecke eines atomaren Arrangements, um einen sowjetisch-amerikanischen Bruch und einen atomaren Rüstungswettlauf zu vermeiden. Denn die Geschichte liefere kein Beispiel, daß ein mächtiges Land sich freiwillig mit einer solchen Inferiorität bescheide, in der sich die Sowjetunion durch das amerikanische atomare Monopol befinde. Daß die „policy of exclusion“ in der Tat aus sowjetischer Sicht die Fortsetzung der Kooperation ausschloß, das sowjetische Gefühl der Unsicherheit erhöhte und die unilaterale Politik der Herrschaftsfestigung und -expansion steigerte, ist schließlich durch zahlreiche kompetente Beobachter (u. a. durch Harriman) klar perzipiert worden<sup>13)</sup>. Hier dürfte also der wichtigste Knotenpunkt der Entwicklung zum Kalten Krieg liegen — so wie später mit der Erlangung der atomaren Parität und Sym-

<sup>10)</sup> Memorandum by the Acting Secretary of State to President Truman, Washington, September 25, 1945, in: FRUS, 1945, II, S. 48—50 (hier S. 49).

<sup>11)</sup> Siehe Martin J. Sherwin, *A World Destroyed*, New York 1975, S. 91ff.

<sup>12)</sup> Arnold Wolfers, *The Atomic Bomb in Soviet-American Relations*, in: *The Absolute Weapon*, New York o. J. (1946), S. 111—147.

<sup>13)</sup> W. Averell Harriman und Elie Abel, *Special Envoy to Churchill and Stalin, 1941—1946*, New York 1975, S. 519—521. Vgl. auch Thomas T. Hammond (Ed.), *Witnesses to the Origins of the Cold War*, Seattle und London 1982, S. 300.

metrie ein Knotenpunkt für die Entwicklung der Détente entstand<sup>14)</sup>.

Kurz zusammengefaßt lautet also das Ergebnis, daß eine sowjetische und eine amerikanische Entscheidung an zwei Knotenpunkten die Steigerung des Ost-West-Konflikts zum Kalten Krieg einleiteten:

*einerseits* die Entscheidung Stalins gegen eine bloß hegemoniale Einflußpolitik in Osteuropa und für eine mit Gewalteininsatz

drohende Expansion über die osteuropäische Herrschaftszone hinaus und

*andererseits* die Entscheidung Roosevelts und Trumans gegen ein atomares Arrangement mit der UdSSR.

Wenn diese Beurteilung (die hier nur skizzenhaft dargestellt werden konnte) richtig ist, dann hat die Frage nach einer möglichen Alternative an diesen beiden Punkten anzusetzen.

### III. Alternativen zum Kalten Krieg

Daß nach dem siegreichen gemeinsamen Krieg gegen die Achsenmächte eine Konfliktregulierung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion durch einen heißen Krieg nicht in Frage kam, ist in der Literatur unbestritten. Ebenso wenig war — schon wegen der neuen Waffentechnologien — der Rückzug, die Isolation, in reiner Form aus der Sicht der USA eine realistische Politik. Wohl aber gab es ansatzweise das Konzept einer Mischung aus isolationistischen und kämpferischen Elementen der Konfliktregulierung, das von den politischen Kreisen um Senator Taft unter dem Stichwort „Festung Amerika“ vertreten wurde<sup>15)</sup>. Ob sich eine derartige Politik — selbst wenn sie in den USA mehrheitsfähig geworden wäre — hätte durchhalten lassen, ist unwahrscheinlich (vor allem dann, wenn man die geopolitische und wirtschaftliche Angewiesenheit der USA auf Westeuropa und auf die Ölregion bedenkt). Sie hätte also eventuell vorübergehend ein anderes Beziehungsmuster als das des Kalten Krieges erzeugen können, aber dann vermutlich eine Situation heraufbeschworen, in der die USA noch dringlicher und unter ungünstigeren Bedingungen zur Gegenmachtbildung außerhalb der westlichen Hemisphäre und zur Konfrontation mit der UdSSR gezwungen worden wären. So blieb als Alternative nur eine Mischung aus regressiven und integrativen Elementen der Konfliktregulierung, deren Unterschied zum Kalten Krieg darin hätte bestehen können, daß das kämpferisch-konfrontative

Element des Kalten Krieges (nicht das Moment des Wettbewerbs!) weitgehend zurückgedrängt und die integrativen Elemente im Verhältnis zu den regressiven stärker akzentuiert worden wären. Das hätte — auf einen Nenner gebracht — konkret heißen können: (a) universalistische Ordnungspolitik der Großmächte im Rahmen der UNO (Sicherheitsrat) und auf der Basis eines amerikanisch-sowjetischen atomaren Arrangements und (b) vermittelt durch regionalistische Bestimmungen, eine explizite gemäßigte Interessensphärenpolitik. Diese Kombination hätte ziemlich genau der Mischung aus Gemeinsamkeiten und Gegensätzen entsprochen.

Wären beide Bestandteile dieser Alternative aus amerikanischer Sicht und unter Berücksichtigung der strukturellen und perzeptionellen Bedingungen realisierbar gewesen? Ich meine: ja, und zwar am ehesten während des Zweiten Weltkrieges und unter Führung Roosevelts, aber vermutlich auch noch direkt nach dem Kriege unter Führung Trumans.

Um diese These argumentativ zu erläutern, sind aus analytischen Gründen wiederum die beiden Bestandteile — das regionale und das atomare Arrangement — getrennt zu diskutieren, obwohl sie nur zusammengenommen die Alternative ausmachen.

#### 1. Gemäßigte Interessensphärenpolitik

Da die Forschung nachgewiesen hat, daß die amerikanische Regierung de facto eine sowjetische Interessensphäre (solange sie nicht sowjetische Herrschaft bedeutete) akzeptierte, kann mithin durch die tatsächliche Politik als belegt gelten, daß ein entsprechender Handlungsspielraum bestand. Man könnte freilich einwenden, daß diese Politik gerade deshalb

<sup>14)</sup> In diesem Sinne habe ich bereits in meiner Studie „Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges“, Düsseldorf 1971, argumentiert.

<sup>15)</sup> Vgl. Henry W. Berger, Senator Robert A. Taft Dissents from Military Escalation, in: Thomas G. Paterson (Ed.), *Cold War Critics*, Chicago 1971, S. 167—204.

von Roosevelt und Truman nicht explizit gemacht wurde, weil die öffentliche Meinung eine Modifikation der Prinzipien der Atlantik-Charta nicht toleriert hätte. Dieser Einwand hat (u. a. wegen der Rolle des „Polish vote“) Gewicht, scheint mir aber nicht stichhaltig zu sein. Denn zahlreiche Studien haben gezeigt, daß die öffentliche Meinung von der Regierung geformt wurde und mehrheitlich während des Krieges und bei Kriegsende rußlandfreundlich und kooperationswillig war. Selbst noch in den ersten Jahren des Kalten Krieges setzten die öffentliche Meinung und der Kongreß „very broad and imprecise limits on presidential activity in international affairs“<sup>16</sup>). Schließlich sah bekanntlich auch die UN-Satzung eine Verbindung zwischen Universalismus und Regionalismus vor.

Eine explizite (auf dem Verhandlungsweg nach der *Maxime des quid pro quo* zu bestimmende) Vermittlung zwischen universalistischer Ordnung und gemäßigter Interessensphärenpolitik hätte z. B. in Anknüpfung an den sowjetischen Vorbehalt bei der Annahme der Atlantik-Charta<sup>17</sup>) erfolgen können — unter Nutzung der Lend-Lease-Zusage, die bekanntlich ohne jegliche Gegenleistung gewährt wurde. Die Vereinbarung zwischen Stalin und Churchill vom Oktober 1944<sup>18</sup>) und der Malinin-Artikel<sup>19</sup>) über Universalismus, Regionalismus und Sicherheitszonen vom 1. Oktober 1944 hätten weitere Ansatzpunkte sein können, um die Modifikationen des universalistischen Konzeptes vorzunehmen und auf den Kriegskonferenzen auszuhandeln.

Innerhalb der amerikanischen Regierung gab es durchaus Befürworter dieses Gedankens. Im State Department drängte die Division of European Affairs seit Januar 1943 auf baldige Verhandlungen nicht nur über Grenzen, sondern auch über „associations of states and even forms of government in Europe“; je länger ernsthaftere Verhandlungen mit der Sowjetunion hinausgeschoben würden, um so schwieriger werde die Sache<sup>20</sup>). Bekanntlich

war Roosevelt (im Gegensatz zu Hull) nicht prinzipiell einer regionalistischen Arbeitsteilung im Rahmen seines universalistischen Konzepts der „Vier Weltpolizisten“ abgeneigt. Ernest May deutet seine diesbezügliche Äußerung m. E. zutreffend dahin gehend, daß sie implizierten, „that each great power might use force within its sphere without prior consent from others“<sup>21</sup>). Dadurch hätte der Kongreß und die Öffentlichkeit auch dann noch die amerikanische Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen bejahen können, wenn sie gegen eine Verstrickung in europäische Angelegenheiten oder europäische Einmischung in die westliche Hemisphäre opponiert hätten. Gerade auch die Republikaner hätten sicherlich einer solchen Konstruktion positiv gegenübergestanden.

Die Forderungen von Kriegsminister Stimson im Frühjahr 1945, vor Einberufung der UN-Gründungskonferenz die konkreten Streitpunkte mit der UdSSR zu regeln, zeigen, daß auch innerhalb der Truman-Administration eine Neigung bestand, diese Linie zu verfolgen. Thomas Campbell hat zweifellos recht, daß — wenn Stimson zu entscheiden gehabt hätte — die USA offen die machtpolitischen Realitäten anerkannt hätten, „that Russia would dominate in postwar eastern Europe, and that the United States would grow in power in the Far East“<sup>22</sup>). Nach Stimsons Meinung war Friede zwischen den USA und der UdSSR möglich, weil „our respective orbits did not clash“<sup>23</sup>). Weder internationale noch interne strukturelle Begrenzungen schlossen eine solche Änderung der „policy of postponement“ aus; ein Handlungsspielraum bestand. Hinderlich waren freilich die falschen Lehren, die man aus dem Ersten Weltkrieg zog<sup>24</sup>). Hinderlich war die Annahme, nach dem Krieg eine bessere Verhandlungsposition zu haben

<sup>16</sup>) Thomas G. Paterson, *On Every Front: The Making of the Cold War*, New York und London 1979, S. 114 et passim. Andere Autoren schätzen die innenpolitischen Beschränkungen höher ein; vgl. z. B. John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War, 1941—1947*, New York und London 1972.

<sup>17</sup>) Siehe Martin F. Herz, *Beginnings of the Cold War*, Bloomington und London 1966, S. VIII.

<sup>18</sup>) Ebd., S. 124 ff.

<sup>19</sup>) Werner Link, a. a. O. (Anm. 2), S. 90 (Malinin war das Pseudonym für Außenminister Litwinow).

<sup>20</sup>) Athertron on Hull, 23. 1. 1944, zit. bei Eduard Mark, a. a. O. (Anm. 4), S. 315.

<sup>21</sup>) Ernest R. May, „Lessons“ of the Past, New York 1973, S. 12.

<sup>22</sup>) Thomas M. Campbell, *Masquerade Peace*, Tallahassee 1973, S. 141.

<sup>23</sup>) Zit. bei Thomas G. Paterson, a. a. O. (Anm. 16), S. 40. In diesem Sinne, nämlich eine sowjetische Einflußzone in Osteuropa offiziell anzuerkennen, argumentierte sogar noch im Herbst 1945 der Leiter der Südeuropa-Abteilung im State Department; siehe Memorandum von Cloyce K. Huston vom 24. Oktober 1945, zit. bei Robert L. Messer, *Paths Not Taken: The United States Department of State and Alternatives to Containment 1945—1946*, in: *Diplomatic History*, 1977, 1, S. 297—319 (hier S. 301 f.).

<sup>24</sup>) Siehe Ernest R. May, a. a. O. (Anm. 21), Teil I, Kap. 1 und 2.

und die UdSSR aufgrund ihrer Abhängigkeit zur Kooperation zwingen zu können. Hinderlich war schließlich 1946 die Verbindung von Anti-New-Deal und Anti-Kommunismus im Wahlkampf der Republikaner<sup>25)</sup>.

Für die Gesamtbeurteilung sollte man aber beachten, daß die hier skizzierte Alternative von der Regierung Truman nicht deshalb zugunsten der tatsächlich verfolgten Politik verworfen wurde, weil diese Politik auf einen Kalten Krieg abzielte, sondern weil die maßgeblichen Politiker (fälschlicherweise) annahmen, auf diese Weise die sowjetische Führung mit mehr Erfolgsaussichten zur internationalen Kooperation bewegen zu können<sup>26)</sup>. Es kam zum Kalten Krieg, nicht weil diese Politik erfolgreich war, sondern weil sie scheiterte. Selbstverständlich hätte auch die skizzierte Alternative keine Erfolgsgarantie für sich in Anspruch nehmen können. Daß ihr Erfolg wahrscheinlicher gewesen wäre, ergibt sich aber, wenn man deren zweiten Bestandteil, die atomare Kooperation, in die Betrachtung einbezieht.

## 2. Amerikanisch-sowjetisches Arrangement in der atomaren Frage

Ob eine Teilhabe der Sowjetunion an dem atomaren Geheimnis und ein atomares Arrangement innerhalb des Handlungsspielraums der amerikanischen Regierung lag, ist allerdings schwerer abzuschätzen. Denn während die sowjetische Interessensphäre in Osteuropa ja immerhin implizit anerkannt wurde, gab es hier keine vergleichbare Defacto-Politik. Aber es gab durchaus ernsthafte Überlegungen und Empfehlungen, die zeigen, daß eine solche Politik nach Meinung der betreffenden Politiker selbst machbar erschien und eine realistische Alternative zur „policy of exclusion“ darstellte.

Präsident Roosevelt nahm gegenüber der Anregung, die Sowjetunion rechtzeitig einzubeziehen (die im Februar und August 1944 über Felix Frankfurter und im direkten Gespräch von Niels Bohr an ihn herangetragen wurde<sup>27)</sup>), eine zweideutige Haltung ein. Einerseits machte er Bohr glauben, daß er dessen Ansichten teile, „that contact with the Soviet Union had to be tried along the lines he sug-

gested“, andererseits entschied er sich in der Quebec-Konferenz mit Churchill gegen die Einbeziehung der Sowjetunion. Die Interpretation durch Robert Dallek<sup>28)</sup>, daß Roosevelt trotz der negativen Quebec-Entscheidung durch das Bohr-Interview der Sowjetunion ein Signal über langfristige Kooperationsmöglichkeiten in der Kontrolle der Atomenergie geben wollte, dürfte die Zwiespältigkeit erklären. Die „policy of postponement“ und das Offenhalten von Optionen war auch hier charakteristisch. Und die Option der Teilhabe blieb auch unter Truman, selbst nach der Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, weiterhin auf der Agenda.

Daß diese Alternative mehr als ein intellektuelles Gedankenspiel war, ist hinreichend belegt: Kriegsminister Stimson plädierte (nach anfänglichem Zögern) im September 1945 ebenso wie der amtierende Außenminister Acheson für ein atomares Arrangement mit der Sowjetunion, und im selben Sinne argumentierten Charles E. Bohlen (Sonderbeauftragter des Außenministers) und Geroid T. Robinson (Leiter der Abteilung UdSSR im Außenministerium) in ihrem Bericht „The Capabilities and Intentions of the Soviet Union as Effected by American Policy“, dessen erste Fassung am 10. Dezember 1945 fertiggestellt wurde<sup>29)</sup>. Acheson empfahl in seinem oben genannten Memorandum vom 25. September 1945 nachdrücklich<sup>30)</sup>: „That an approach be made by the United States to the Soviet Union after discussion with the British, (...), having for its purpose the working out of a program of mutual exchange of scientific information and collaboration in the development of atomic power (...).“

Acheson hielt es für möglich, durch eine ähnlich gründliche öffentliche Diskussion, wie sie der Einberufung der UN-Konferenz vorausging, die Öffentlichkeit und den Kongreß<sup>31)</sup>

<sup>25)</sup> Robert Dallek, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932—1945, New York 1979, S. 471.

<sup>26)</sup> Im Bohlen-Robinson-Bericht wurde im Rahmen des von den Autoren favorisierten Kooperationskonzepts (Policy A) empfohlen: „sharing with the USSR, immediately and without condition, the knowledge necessary for the production of the atomic bomb“, zit. bei Robert L. Messer, a. a. O. (Anm. 23), S. 309.

<sup>27)</sup> Siehe Anm. 10. Zum Diskussionsverlauf siehe u. a. Lloyd C. Gardner, Architects of Illusion, Chicago 1970, S. 181 ff.

<sup>31)</sup> Daß dort ein großer Widerstand hätte überwunden werden müssen, zeigt der Protest des Atomic Energy Committees des Senats gegen Außenminister Byrnes' Versuche, über die atomare Frage mit

<sup>25)</sup> Vgl. John T. Rourke, Congress and Cold War, in: World Affairs, 1976/77, S. 259—277 (hier S. 262).

<sup>26)</sup> Siehe z. B. das Memorandum des State Department vom 1. 4. 1946, zit. bei Werner Link, a. a. O. (Anm. 2), S. 107 f.

<sup>27)</sup> Siehe Martin J. Sherwin, a. a. O. (Anm. 11), S. 91 ff.

soweit zu beeinflussen, daß sie eine Politik der sowjetischen atomaren Teilhabe („involving substantial disclosures to the Soviet Union“) akzeptierten. Ja, nach seiner Einschätzung war es sogar erforderlich, ungeachtet der an sich notwendigen Zeit für die Öffentlichkeitsarbeit, die Sowjetunion unverzüglich zu kontaktieren, da ein „postponement“ nicht vertretbar sei: „The resulting deterioration in Russian relations would not only adversely color our domestic discussions but would also make the Russian attitude less favorable for an ultimate program of collaboration.“

Alle diese Überlegungen bestätigen den realpolitischen Gehalt der skizzierten Alternative. Wenn die Verhandlungen mit der Sowjetunion bereits während des Krieges und vor der ersten Versuchsexplosion geführt worden wären, hätte — wie Niels Bohr argumentierte — die große Chance bestanden, den atomaren Wettlauf zu vermeiden und die politische Kooperation zwischen den USA und der UdSSR langfristig zu fundieren. Es hätte so etwas wie „kooperative Rüstungskontrolle“ *in principio* realisiert werden können.

Da die amerikanische Regierung weder 1944 noch 1945 ein atomares Verhandlungsangebot machte, ist nicht zu klären, ob die Sowjetunion unter diesen Umständen bereit gewesen wäre, sich mit einem hegemonialen Einfluß in Osteuropa (etwa im Sinne einer Finnlandisierung) zufrieden zu geben und von den Versuchen eines gewaltsamen Ausgreifens in den Mittelmeerraum Abstand zu nehmen. Aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit wäre der „abgeleitete“ Konflikt (Ernst-Otto Czempel)<sup>32)</sup>, der atomare Rüstungswettlauf, vermieden worden und damit die Notwendigkeit der innenpolitischen Mobilisierung (wie im Kalten Krieg) entfallen. Selbst eine beiderseitige Einflußsphärenpolitik (wie sie tatsächlich seit 1946/47 praktiziert wurde) hätte unter den Bedingungen einer atomaren Rüstungskontrolle theoretisch eine Konfliktregulierung ermöglicht, die in etwa der Konfliktregulierung der Détente entsprochen hätte, also eine merkliche Alternative zum Kalten Krieg gewesen wäre. Dies um so mehr, wenn die regressive Einflußsphärenpolitik mit dem integrativen Element der intersystemaren Handelsbeziehungen verbunden worden wäre, was lange Zeit von beiden Seiten noch als wünschenswert angenommen wurde. Die „Po-

Moskau zu verhandeln; siehe Robert L. Messer, a. a. O. (Anm. 23), S. 311.

<sup>32)</sup> Ernst-Otto Czempel, Nachrüstung und Systemwandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/82 v. 6. 2. 1982, S. 27 ff.

licy A“ im Bohlen-Robinson-Report vom 10. Dezember 1945 entsprach fast genau der hier skizzierten Option.

Die Option für ein atomares Arrangement mit der Sowjetunion verlor allerdings zunehmend ihre praktische Realisierungschance, je deutlicher die sowjetische Politik in Osteuropa als Beherrschungspolitik in Erscheinung trat und im Mittelmeerraum als tendenziell expansionistische Gewaltpolitik perzipiert wurde. Bei gesteigerter, unregulierter Konkurrenz und kritischer Spannung verzichteten Großmächte nicht auf einen machtpolitischen Vorteil oder Vorsprung. Das Clifford-Memorandum<sup>33)</sup> vom September 1946 nimmt klar den genannten Zusammenhang auf und belegt, daß jetzt der zweite Bestandteil der skizzierten Alternative aus amerikanischer Sicht nicht mehr realisierbar war. Zur gleichen Zeit wurde der Baruch-Plan entwickelt und vorgelegt, der eben nicht ein akzeptables Teilhabeangebot darstellte, sondern den „showdown“ mit der UdSSR inszenierte und die Teilung der Welt offenbarte — wie Senator Vandenberg treffend notierte<sup>34)</sup>. So kann man auch umgekehrt (ähnlich wie im Acheson-Memorandum) die „policy of exclusion“ als einen Faktor ansehen, der die territoriale Einfluß- und Herrschaftspolitik der Sowjetunion mitbewirkte oder doch verstärkte. Die Nichtbefolgung der beiden Bestandteile der Alternative zum Kalten Krieg bedingte sich wechselseitig, und damit wurde die Realisierungschance dieser Alternative insgesamt Ende 1946 gegen Null verschoben.

Daß sie zuvor größer war, habe ich versucht zu begründen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei — bezüglich der wahrscheinlichen Auswirkung auf die internationale Politik — hervorgehoben, daß die Realisierung dieser Alternative keine „Lösung“ oder Abschaffung des Ost-West-Konflikts und keine Aufhebung des Macht- und Sicherheitsdilemmas bewirkt hätte, sondern „nur“ eine andere Regulierung dieses Konflikts und eine Milderung dieses Dilemmas. Pointiert ausgedrückt: Nicht der Ost-West-Konflikt, wohl aber der Kalte Krieg war vermeidlich.

<sup>33)</sup> American Relations with the Soviet Union: A Report to the President by the Special Counsel to the President, September 24, 1946, abgedruckt in: Thoma H. Etzold and John Lewis Gaddis (Eds.), Containment, New York 1978, S. 64 ff. — Auch Clifford ging jedoch noch davon aus, daß keine fundamentalen Gründe für einen Krieg zwischen den USA und der UdSSR existierten.

<sup>34)</sup> Siehe dazu u. a. Lloyd C. Gardner, a. a. O. (Anm. 30), S. 193 ff.



# Handlungsspielräume der USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945 bis 1950

## I.

Über die Ursprünge des Kalten Krieges gibt es eine ganze Reihe scheinbar objektiver Erklärungen. Einige davon sind struktureller Art und haben mit der Natur des internationalen Systems als solchem zu tun. Eine dieser Theorien setzt als gegeben voraus, daß Konflikte im internationalen System unvermeidlich sind. Es habe sie immer gegeben und werde sie immer geben, unabhängig davon, um welche spezifischen Personen, Mächte und politischen Systeme es sich gerade handele. Daraus ließe sich ableiten, daß größere Veränderungen im internationalen System in ganz besonderem Maße destabilisierend wirken müssen. Der Zweite Weltkrieg hatte einige tiefgreifendste Veränderungen zur Folge, wie sie die Welt seit Jahrhunderten nicht gesehen hatte.

Von diesen Theorien des Wandels, die sich mit den Veränderungen des internationalen Systems befassen, scheint die Vakuum-Theorie die mit der größten Verbreitung zu sein. Die Niederlage Deutschlands in Europa und die Japans in Asien habe diesem Konzept zufolge ein Machtvakuum hinterlassen, das fast naturgesetzmäßig wieder ausgefüllt werden mußte. Dies konnte jedoch nicht durch die traditionellen Großmächte geschehen. Zwei von ihnen waren besiegt, und für Großbritannien und Frankreich waren die Kosten des Sieges einfach zu hoch. Der Krieg hatte ihre Macht und ihre Stellung soweit verringert, daß dadurch die Auflösung ihrer Kolonialreiche beschleunigt wurde, was wiederum neue Vakuen schuf und zu neuen Problemen führte. Nur die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion konnten diese Leerräume füllen. Die Ost-West-Konflikte, zunächst in Europa und dann in Asien und Afrika, mußten nach dieser Theorie einfach als ein unvermeidlicher Kampf um eine neue Stabilität gesehen werden.

Die Vakuum-Theorie wurde durch Louis Halles Buch „The Cold War as History“ aus dem

Jahre 1967 berühmt. Mit Halles Worten „verabscheut die Natur ein Vakuum“: „Die Grundlagen für den Kalten Krieg“ wurden demnach in dem Augenblick geschaffen, „als man sich entschied, mit Deutschland keinen Frieden zu schließen und es statt dessen als Macht in Europa auszuschalten... Es liegt auf der Hand, daß ein solches Vakuum kaum Bestand haben kann, nicht einmal eine Woche lang. Es mußte durch etwas gefüllt werden.“<sup>1)</sup>

Es gab nur wenig Grund zu der Annahme, daß die beiden neuen Supermächte in der Lage sein würden, zu einer gegenseitigen Zusammenarbeit zu kommen. Es war wiederum ganz einfach ein Gesetz der Geschichte, wenn nicht gar ein Naturgesetz, daß siegreiche Koalitionen dazu neigten, sich aufzulösen, nachdem sie ihr Ziel erreicht hatten, nämlich den gemeinsamen Feind zu besiegen, ein Ziel, das solche Koalitionen überhaupt erst hatte entstehen lassen. Dies geschah nach den Napoleonischen Kriegen und wiederholte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Das einzig Überraschende war nur, daß nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen hofften, den Lauf der Geschichte, wie er sich in ähnlichen Situationen in diesem und in früheren Jahrhunderten gezeigt hatte, umkehren zu können.

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten hatten vor dem Zweiten Weltkrieg ein relativ schlechtes Verhältnis zueinander, aber sie waren damals nur Außenseiter. Die Vereinigten Staaten wurden vom Isolationismus (zumindest gegenüber Europa) beherrscht, und auch die Sowjetunion isolierte sich zum Teil selbst, wurde aber zudem von der internationalen Völkergemeinschaft in der Isolation gehalten. Der Krieg erschütterte diese traditionellen Verhaltensmuster der USA und der Sowjetunion. Auch geographisch rückten die beiden Länder durch den Krieg näher zusammen. Ihre Armeen standen sich nun im Herzen Europas direkt gegenüber.

Der Krieg hatte auch das Konzept von der Festung Amerika zerstört. Pearl Harbor hatte gezeigt, daß die USA angegriffen werden

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Richard Volk, Bad Honnef

<sup>1)</sup> L. J. Halle, *The Cold War As History*, New York 1967, S. 36—37.

konnten. Mit dem Bewußtwerden dieser Tatsache verschwanden der Isolationismus und das Vorkriegskonzept der geographischen Abgeschiedenheit. Nach dem Krieg trat die Welt nicht nur in das Atomzeitalter, sondern auch in das Luftverkehrszeitalter und das globale Zeitalter ein. Die Erde schrumpfte zusammen, Amerika wurde näher an Europa herangerückt. Daraus ergab sich, daß die Vereinigten Staaten eine aktive Rolle spielen mußten, um einen neuen Krieg zu verhindern und eine Welt aufzubauen und zu formen, die im Einklang mit ihren Interessen stand. Der Chef des Generalstabes, George C. Marshall, bemerkte in diesem Zusammenhang: „Wahrscheinlich zum letzten Mal in der Geschichte der Kriegführung wirkte (im Zweiten Weltkrieg) jene ozeanische Entfernung als ein entscheidender, lebenswichtiger Faktor für unsere Verteidigung. Wir mögen es (in Zukunft) wiederum vorziehen, uns auf andere zu verlassen oder von den Launen und Irrtümern potentieller Feinde abhängig zu sein, aber wenn wir das tun, werden wir die Reichtümer und die Freiheit dieser großen Nation in einer Papiertüte tragen.“<sup>2)</sup>

Natürlich wurden die Konfliktmöglichkeiten wesentlich dadurch erhöht, daß beide Länder völlig verschiedene politische und wirtschaftliche Systeme besaßen. Der Krieg hatte zwar die Vorkriegsideologien und -institutionen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion leicht verändert, jedoch auch das nur am Rande. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es dann aber eine Rückkehr zu den Verhaltensmustern der Vergangenheit. Zumindest die Geschwindigkeit und die Intensität, mit der der Kalte Krieg einsetzte, wird man gewiß zu einem Teil auf die völlig verschiedenen Systeme der beiden Länder zurückzuführen haben. Dieser Faktor allein machte schon eine Zusammenarbeit schwierig und eine genaue Abschätzung der Intentionen des jeweilig anderen Staates unmöglich.

Auch die geschichtlichen Erfahrungen wirkten sich auf mannigfaltige Art und Weise gegen eine sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit aus. Historisch gesehen hatte sich der Charakter der beiden Nationen in gegensätzliche Richtungen entwickelt. Die Sowjets werden oft als im Grunde ihres Wesens unsi-

cher, furchtsam, leicht zu beleidigen und mit einem vielgestalteten Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen behaftet geschildert. Den Amerikanern dagegen schreibt man oft die gegensätzlichen Eigenschaften zu: selbstsicher, offen, optimistisch und überlegen.

Der Krieg hatte die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zusammengebracht. Doch in einem tieferen Sinne hatte er eine Zusammenarbeit schwieriger gemacht. Lehren mußten gezogen werden, und eine der grundlegenden Erfahrungen war, daß eine Aggression frühzeitig gestoppt werden mußte. Die Domino-Theorie, die den Unterschied zwischen wichtigen und weniger wichtigen Gebieten verwischte, wurde durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wesentlich gestärkt. Dies bedeutete, daß selbst beschränkte Konflikte brennend wichtig wurden. In Washington gelangte man schon bald zu der Schlußfolgerung, daß den Sowjets so früh wie möglich Einhalt geboten werden mußte, andernfalls würde Stalin zu einem neuen Hitler werden.

## II.

Die Gesamtziele der beiden Supermächte spiegelten sich in den vielen lokalen und regionalen Streitfällen, die dann zur Entstehung des Kalten Krieges führten. Unter Historikern ist man sich im allgemeinen einig, daß der erste dieser Streitfälle Osteuropa betraf. Die dortigen Entwicklungen waren beispielgebend für das, was sich dann später in Deutschland, im Iran und anderswo abspielte. Es ist deshalb aufschlußreich, den Konflikt um Osteuropa etwas eingehender zu betrachten.

Traditionalistische und revisionistische Historiker sind sich nicht nur über die Wichtigkeit der osteuropäischen Ereignisse einig. In einem überraschenden Ausmaß decken sich auch ihre Ansichten über die Ursachen des dortigen Konfliktes. Sie stimmen darin überein, daß die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen waren, eine *aktive* Rolle in Osteuropa zu spielen. Auf der anderen Seite sei die Sowjetunion entschlossen gewesen, eine *führende* Rolle in dieser Region einzunehmen.

Differenzen zwischen den Historikern bestehen allerdings hinsichtlich der Fragen, welcher Art die amerikanischen Interessen in Osteuropa waren und in welchem Ausmaß die Sowjets zumindest anfangs eine Kontrolle

<sup>2)</sup> M. S. Sherry, *Preparing for the Next War: American Plans for Postwar Defense, 1941—45*, New Haven 1977, S. 200—202. Siehe auch T. G. Paterson, *On Every Front. The Making of the Cold War*, New York 1979, S. 29—32.

dieses Gebietes anstrebten. Die traditionalistischen Wissenschaftler sehen die Vereinigten Staaten als Verteidiger der Demokratie und als Wahrer der legitimen Interessen sowohl ihres eigenen Landes als auch derjenigen Westeuropas. Die revisionistischen Historiker hingegen weisen auf das Ansinnen Amerikas hin, Osteuropa an eine kapitalistische Weltwirtschaft zu binden. Die Traditionalisten nehmen die sowjetischen Ziele in Osteuropa als so umfassend an, daß dadurch jede sinnvolle Rolle für andere Mächte ausgeschlossen war. Für die Revisionisten wiederum waren es die nicht gerechtfertigten Ambitionen der Vereinigten Staaten in jener Region, die quasi als Antwort zu einer Eskalation der sowjetischen Ziele führten.

Trotz dieser Unterschiede bleibt es letztlich bei der Schlußfolgerung, daß praktisch für alle Historiker jedweder Richtung die amerikanischen und sowjetischen Ziele in Osteuropa unvereinbar waren. Mit Arthur Schlesingers Worten stützten die Vereinigten Staaten ihre Politik auf einen „universalistischen“ Ansatz, während die Sowjetunion einen traditionellen, auf die Wahrung von „Interessensphären“ gerichteten Kurs verfolgte<sup>3)</sup>. Man gewinnt wiederum den Eindruck, daß diese grundlegenden Differenzen durch nichts miteinander hätten versöhnt werden können. Mit anderen Worten: Der Kalte Krieg war unvermeidlich.

Der Eindruck der Unvermeidbarkeit wird noch verstärkt durch einen Vergleich der amerikanischen mit der westeuropäischen Politik. Auch in den meisten westeuropäischen Ländern gab es eine starke Reaktion gegen den sowjetischen Expansionsdrang in Osteuropa. Zum Beispiel zeigt ein Vergleich der britischen Politik unter der Labour-Regierung mit der Politik der Truman-Administration nur geringe grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und London. Wenn es Differenzen gab, dann waren diese nicht entscheidend und betrafen Fälle, bei denen Großbritannien einmal meinte, daß die amerikanische Politik zu weich sei (wie im Falle Polens), das andere Mal, daß sie zu hart sei (wie im Falle Rumäniens und der Tschechoslowakei)<sup>4)</sup>.

<sup>3)</sup> A. M. Schlesinger (Jr.), *The Origins of the Cold War*, in: *Foreign Affairs* (1967). Hier zitiert nach seinem Buch: *The Crisis of Confidence. Ideas, Power and Violence in America Today*, New York 1967, S. 81.

<sup>4)</sup> G. Lundestad, *The American Non-Policy Towards Eastern Europe 1943—1947*, Oslo—New York 1975, S. 323—324.

Wenn London und Moskau im gleichen Maße wie Washington und Moskau miteinander im Widerstreit standen, dann sollte man meinen, daß auch ein Regierungswechsel in den USA kaum einen Unterschied gemacht hätte. Und nach der damaligen Stimmung im Lande zu urteilen, war der Wechsel in Washington höchstwahrscheinlich nicht zugunsten einer linksliberalen Regierung zu erwarten. Die Alternative war eine Republikanische Regierung, wie die Kongreßwahlen des Jahres 1946 deutlich zeigten.

### III.

Es soll nun versucht werden, ein entgegengesetztes Bild zu zeichnen, dahin gehend, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einer Einigung eigentlich ganz nahe waren und daß schon ein geringes mehr an Flexibilität genügt hätte, um den Kalten Krieg zu verhindern.

Zunächst einige Bemerkungen zu den allgemeinen Fragen, die in der bisherigen Diskussion bereits angesprochen worden sind. Im internationalen System hat es schon immer zahlreiche Konflikte gegeben, aber es gab gleichzeitig auch lange Perioden, in denen die Differenzen auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten wurden. Die wichtigste dieser Perioden dauerte von 1815 bis 1914. Weiterhin ist die Vakuum-Theorie natürlich kein Naturgesetz, wie auch Louis Halle nur zu gut weiß. Dies wird an einer seiner Kapitelüberschriften — „Die Neigung der Sowjetunion, in die 1945 geschaffenen Machtvakuen an ihren beiden Flanken hinein zu expandieren“ — deutlich: Es dehnte sich also nur die Sowjetunion aus, während sich die Vereinigten Staaten aus Europa heraushielten, zumindest bis zur Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan<sup>5)</sup>.

Die Welt war geschrumpft, aber dies hatte nicht nur negative Auswirkungen auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. In gewisser Weise machte dies die Zusammenarbeit noch zwingender notwendig. Wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte, dann wären im Vergleich dazu die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges außerordentlich gering. Truman mochte erwartet haben, 85% von dem zu bekommen, was er von den Sowjets wollte, aber

<sup>5)</sup> L. J. Halle, a. a. O. (Anm. 1), S. 30, 99—109.

er gab auch zu erkennen, daß die Vereinigten Staaten bereit waren, einen zusätzlichen Schritt zu tun, um der Sowjetunion entgegenzukommen.

Obwohl es zutrifft, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg nur ein mittelmäßiges Verhältnis zueinander hatten, sollte man nicht unterschätzen, welch tiefgreifende Veränderungen der Krieg gebracht hatte. Eine Minderheit blieb auch weiterhin skeptisch gegenüber der Sowjetunion, aber bei den meisten Amerikanern veränderten sich die Einschätzungen ziemlich dramatisch. Die amerikanische Presse brachte regelmäßig Berichte über die Sowjetunion, die das Land zumeist in ziemlich leuchtenden Farben schilderten. Zur Verdeutlichung soll hier nur als ein Beispiel Henry Luces illustrierte *Life* herausgegriffen werden, die Lenin „zum vielleicht größten Menschen der modernen Zeit“ erklärte. In der Sowjetunion gebe es nichts, vor dem man Angst zu haben brauchte, sagte *Life* seinen Lesern, denn die Russen „sehen wie Amerikaner aus, kleiden sich wie Amerikaner, und denken wie Amerikaner“. Die Geheimpolizei war nichts anderes als „eine nationale Polizei ähnlich dem FBI“<sup>6</sup>). Meinungsumfragen zeigten, daß noch im August 1945 54% der Amerikaner glaubten, daß man in die Sowjetunion die Hoffnung setzen könne, daß sie nach dem Krieg mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten würde. Dies war nur ein Prozent weniger als der Spitzenwert in der Kriegszeit vom Februar 1945. 30% glaubten, daß man den Sowjets nicht trauen könne, während 16% unentschieden waren. Fast alle Beamten des Auswärtigen Dienstes, die in der Anfangsphase des Krieges gegenüber Moskau ziemlich skeptisch eingestellt waren, glaubten nun an die Möglichkeit einer amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit im Frieden<sup>7</sup>).

In der wissenschaftlichen Diskussion über die Ursprünge des Kalten Krieges lag die Initiative in den letzten zehn Jahren nicht bei den Traditionalisten und Revisionisten, sondern bei den sogenannten Post- und Nachrevisionisten. Postrevisionisten wie John Gaddis und Daniel Yergin widerstrebt es offensichtlich,

sowohl Schuldzuweisungen für den Kalten Krieg zu erteilen als auch ihn als unvermeidlich darzustellen. Wie John Gaddis ausführt, ist der „Kalte Krieg ein zu kompliziertes Ereignis, um in den Kategorien nationaler Schuld oder in den deterministischen Kategorien der Unvermeidlichkeit diskutiert zu werden“<sup>8</sup>). Daniel Yergin hinterläßt bei seinem Leser den nachhaltigen Eindruck, daß der Kalte Krieg hätte abgewendet werden können, wenn sich nur die Vereinigten Staaten an die Grundsätze von Jalta gehalten und nicht den Einflüsterungen der Riga-Gruppe nachgegeben hätten<sup>9</sup>). Selbst Arthur M. Schlesinger meint, daß „die rationalste amerikanische Politik kaum den Kalten Krieg hätte vermeiden können“. Also selbst er sieht den sowjetisch-amerikanischen Konflikt nicht als ganz und gar unvermeidlich an<sup>10</sup>).

Schließlich mag auch die amerikanische Entschlossenheit, die Welt nach dem Bilde Washingtons zu formen, übertrieben dargestellt worden sein. In vielen Fällen sah die Truman-Administration tatenlos Entwicklungen zu, die für die Vereinigten Staaten ziemlich ungünstig verliefen. Der vielleicht auf lange Sicht gesehen bedeutendste Wandel nach dem Zweiten Weltkrieg war der kommunistische Sieg in China. Die Vereinigten Staaten unterstützten wohl Tschiang Kai-shek, aber im Vergleich zu dem, was sie zu jener Zeit in Europa unternahmen, ganz zu schweigen davon, was sie in späteren Jahrzehnten in Vietnam einsetzen sollten, ist das eigentlich Überraschende nicht der große Umfang der geleisteten Hilfe, sondern ihre Grenzen. Wenn Washington sich mit einem solchen Ergebnis in China abfinden konnte, warum konnte dann keine Übereinkunft über Osteuropa erzielt werden?

#### IV.

Man muß betonen, daß sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion bereit waren, wesentliche Zugeständnisse in Osteuropa zu machen. Es ist also wesentlich, auf die

<sup>6</sup>) Zitiert nach J. L. Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War 1941—1947*, New York 1972, S. 38. Siehe auch S. 32—62.

<sup>7</sup>) H. Cantril, *Public Opinion 1935—1946*, Princeton 1951, S. 370—371. Insbesondere auch H. de Santis, *The Diplomacy of Silence. The American Foreign Service, the Soviet Union, and the Cold War 1933—1947*, Chicago 1980, S. 89—91, 106—130.

<sup>8</sup>) J. L. Gaddis, a. a. O. (Anm. 6), S. 360. Einige Anmerkungen über die Kalte-Kriegs-Literatur im allgemeinen finden sich in G. Lundestad, *America, Scandinavia, and the Cold War*, New York 1980, S. 7—35.

<sup>9</sup>) D. Yergin, *Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*, Boston 1977. Vgl. z. B. S. 409.

<sup>10</sup>) A. M. Schlesinger, a. a. O. (Anm. 3), S. 110.

beträchtlichen Ungleichheiten in den Entwicklungen in Osteuropa hinzuweisen, wie sie dort in den ersten Nachkriegsjahren verliefen. Das eine Extrem war die sowjetische Behandlung der baltischen Staaten, das andere die sowjetische Politik gegenüber Ungarn und mehr noch gegenüber der Tschechoslowakei und Finnland.

Auf westlicher Seite waren sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien bereit, zuzugeben, daß Osteuropa für die Sowjetunion erheblich wichtiger war als für sie selbst. Deshalb fiel es Washington und London im allgemeinen nicht sehr schwer, den von den Sowjets geforderten territorialen Veränderungen in der Region zuzustimmen, obwohl ihnen einige dieser Gebietsverschiebungen nicht behagten. Trotz der Besorgnisse, die Franklin D. Roosevelt wegen der Reaktion der Amerikaner polnischer Abstammung hatte, waren tatsächlich die wichtigsten Grenzen bereits auf der Teheraner Konferenz im Dezember 1943 festgelegt worden. Nur die formelle Anerkennung wurde diskret bis zur Konferenz von Jalta im Februar 1945 verschoben.

Roosevelt und viele andere politische Entscheidungsträger erkannten, daß die Sowjetunion in Osteuropa „die Macht hatte“ und daß „der einzig praktikable Weg“, den die Vereinigten Staaten gehen konnten, darin bestand, den ihnen verbliebenen Einfluß zu nutzen, „um die Situation zu verbessern“<sup>11)</sup>. Es wurde argumentiert, daß Roosevelt in dieser Beziehung besonders sowjet-freundlich gewesen sei und daß die Anerkennung einer Art sowjetischer Einflußsphäre mit seinem Tode plötzlich aufhörte. Dies trifft sicherlich nicht zu, wie aus einer Rede von Außenminister James Byrnes hervorgeht, die er am 30. Oktober 1945 hielt: „Weit davon entfernt, uns den Bemühungen der Sowjetunion entgegenzustellen, zu einem engeren und freundschaftlicheren Verhältnis mit ihren mittel- und osteuropäischen Nachbarn zu gelangen, bringen wir ganz im Gegenteil diesen sowjetischen Bemühungen große Sympathie entgegen. Wir sind uns der besonderen sowjetischen Sicherheitsinteressen in diesen Ländern voll bewußt und haben diese Interessen in den Vereinbarungen über die Besetzung und Kontrolle der ehemaligen Feindstaaten anerkannt.“

<sup>11)</sup> T. M. Campbell/G. C. Herring (Eds.), *The Diaries of Edward R. Stettinius (Jr.), 1943—1945*, New York 1975, S. 214.

Wie Byrnes erwähnte, war diese amerikanische Anerkennung einer dominierenden sowjetischen Rolle in Osteuropa nicht nur theoretischer Natur. Sie schlug sich auch in konkreter Politik nieder. Washington erkannte die sowjetische Führungsrolle bei den Waffenstillstandsvereinbarungen mit Rumänien, Bulgarien und Ungarn an, wobei diese Akzeptierung sich nicht nur auf die Zeit des Krieges beschränkte. Roosevelt war bereit, sich mit der britisch-sowjetischen Prozentregelung vom Oktober 1944 abzufinden. Sowohl in Potsdam als auch im Dezember 1945 in Moskau unterzeichneten die Vereinigten Staaten mehrere Abkommen, die die sowjetische Position in Osteuropa stärkten<sup>12)</sup>.

Zahlreiche Studien des amerikanischen Außenministeriums kamen zu dem Schluß, daß es nur natürlich war, daß Polen engere Beziehungen zur Sowjetunion als zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien hatte. Das tschechoslowakische Regierungsmodell, d. h. enge außenpolitische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und kommunistische Vorherrschaft innerhalb des Landes selbst, erwies sich bis zum Herbst 1946 als im großen und ganzen akzeptabel. Das finnische Modell, das sich vom tschechoslowakischen dadurch unterschied, daß die innenpolitische Bedeutung der Kommunistischen Partei stark reduziert war, stieß während der Jahre, die hier zur Diskussion stehen, auf Sympathie und Verständnis<sup>13)</sup>.

Wenn beide Seiten bereit waren, der jeweilig anderen substantielle Zugeständnisse zu machen, warum entstand dann wegen Osteuropa der Kalte Krieg? Einfach deshalb, weil Washington/London auf der einen und Moskau auf der anderen Seite immer noch ziemlich weit auseinanderlagen. Die Vereinigten Staaten waren nach wie vor weit davon entfernt, Osteuropa völlig der Sowjetunion zu überlassen, und in den meisten osteuropäischen Staaten war die Sowjetunion nicht willens, etwas anderes zu akzeptieren als ihre totale Vorherrschaft. Mit den Worten von Eduard Mark waren die Vereinigten Staaten bereit, eine „offene“ sowjetische Einflußsphäre hinzunehmen, nicht jedoch eine sowjetische „Exklusiv“-Sphäre<sup>14)</sup>.

<sup>12)</sup> G. Lundestad, a. a. O. (Anm. 4), S. 75—106.

<sup>13)</sup> Ebd., S. 149—182, 285—295, 304—328.

<sup>14)</sup> E. Mark, *American policy toward Eastern Europe and the Origins of the Cold War, 1941—1946: An Alternative Interpretation*, in: *The Journal of American History*, (1981) 2, S. 313—336.

Die Regierungen Roosevelt und Truman hatten nichts dagegen einzuwenden, daß sich die osteuropäischen Staaten in ihrer Außenpolitik nach Moskau orientierten. Zumindest in einer frühen Phase des Kalten Krieges wurden die Osteuropäer sogar ermutigt, auf eine Aussöhnung mit Moskau hinzuarbeiten.

Aber diese amerikanische Politik hatte auch ihre Grenzen. Die wichtigste war das Bestehen auf freien Wahlen. Dies war eine *conditio sine qua non* in der Haltung Washingtons. Es gab kaum Zweifel darüber, wer solche Wahlen gewinnen würde. In den Schlüsselländern Polen und Rumänien würden aller Wahrscheinlichkeit nach die Bauernparteien als Sieger aus den Wahlen hervorgehen, wie es in den ungarischen Wahlen vom Oktober/November 1945 auch geschehen war. Washington konnte einfach nicht hinnehmen, daß Mikolajczyk in Polen und Maniu in Rumänien von der Macht verdrängt wurden.

Bei ihrer Unterstützung dieser Politiker ließen die Amerikaner niemals ganz klar erkennen, wie sie es sich vorstellten, die außenpolitische Ausrichtung auf die Sowjetunion mit Demokratie und freien Wahlen zu versöhnen. Aber in Washingtons Augen wurden diese Politiker, zumindest Mikolajczyk, nicht als antisowjetisch eingestuft.

Im Gegensatz zu Ungarn, Bulgarien und Rumänien wurde Finnland früh von den USA anerkannt. Denn wie Truman am 7. Juni 1945 an Stalin schrieb, „hat das finnische Volk durch seine Wahlen und andere politische Regelungen seine echte Liebe zu demokratischen Verfahrensweisen und Prinzipien demonstriert“<sup>15)</sup>.

Die Vereinigten Staaten bestanden auch darauf, daß Osteuropa für amerikanische Investitionen und für den Außenhandel mit den USA geöffnet blieb. Dieser wirtschaftliche Multilateralismus schuf in den Beziehungen mit verschiedenen osteuropäischen Staaten Probleme, doch rangierte gegenüber der politischen Forderung nach freien Wahlen der wirtschaftliche Aspekt in seiner Bedeutung nur an zweiter Stelle<sup>16)</sup>.

Finnland und zu einem geringeren Grad die Tschechoslowakei und Ungarn blieben also quasi Luftzufuhr-Schläuche in einem sich verschlechternden Ost-West-Verhältnis. Warum

konnten diese Modelle nicht auch in Polen, Rumänien und Bulgarien zur Anwendung kommen? Es waren hauptsächlich zwei Gründe, die dies verhinderten. Einmal waren die Länder des inneren Vorfeldes für Moskau von größerer Bedeutung als jene des äußeren Gürtels. Deshalb bestand dort der Kreml in höherem Maße auf politischer Loyalität und militärischer Sicherheit. Zum anderen war die innere Lage jener Länder (mit Ausnahme Bulgariens) so beschaffen, daß ein finnisches Modell nur theoretisch möglich war. Mikolajczyk war kein Paasikivi, und Maniu kein Benes.

## V.

Es scheint also, als ob der Kalte Krieg nur hätte vermieden werden können, wenn die Vereinigten Staaten mit einer sowjetischen Interessenssphäre in Osteuropa einverstanden gewesen wären, und zwar nicht nur mit einer offenen, sondern mit einer nahezu exklusiv den Sowjets vorbehaltenen Einflußzone, zumindest in jenen Ländern, die für Moskau von besonderem Interesse waren. Warum konnte Washington einer solchen exklusiv sowjetischen Sphäre nicht seine Zustimmung geben? Immerhin hatten die politischen Entscheidungsträger der USA, mit Roosevelt und Truman an der Spitze, klar erkannt, daß sie nur wenig tun konnten, um Moskau zu einer Änderung seiner Politik in den von der Roten Armee kontrollierten Gebieten zu bewegen. Von einem ethisch-politischen Standpunkt aus betrachtet könnte man darauf verweisen, daß sich die Vereinigten Staaten nicht besonders viele Sorgen über den Zustand der Demokratie in Lateinamerika und China machten. Warum nun solche Sorgen um den Zustand der Demokratie in Osteuropa?

Der herausragendste Vertreter einer Politik der Interessenssphären war George Kennan. Der amerikanische Geschäftsträger in Moskau war davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten in Osteuropa keinen wirklichen Einfluß ausüben konnten. Da er nicht wollte, daß die USA eine Mitverantwortung für die dortigen Ereignisse übernahmen, setzte er sich für einen amerikanischen Rückzug aus allen gemeinsamen Gremien ein, die sich mit den Angelegenheiten der Region befaßten, wie z. B. der Alliierten Kontrollkommission. Schon im Frühjahr 1945 kam Kennan zu dem Schluß, daß sogar die nicht-kommunistischen Regierungsmitglieder in Prag „nichts weiter als

<sup>15)</sup> Stalin's Correspondence with Roosevelt and Truman 1941—1945, Moskau 1965, S. 242.

<sup>16)</sup> Siehe hierzu ausführlich G. Lundestad, a.a.O. (Anm. 4), S. 320—324.

Ehrengefangene der Russen" seien. Er meinte, Washington sollte den sowjetisch beherrschten Ländern jegliche Hilfe vorenthalten und sich statt dessen darauf konzentrieren, Westeuropa zu helfen<sup>17)</sup>.

Kennans Haltung war jedoch nicht ganz frei von Unklarheiten: Er wollte Osteuropa nicht wirklich aufgeben. Er neigte offensichtlich dazu, die Auseinandersetzungen über die Hilfe an die Warschauer Aufständischen im Sommer und Herbst 1944 als Mittel zu benutzen, um die Sowjetunion in einer Art Kraftprobe zu zwingen, ihre Karten über ihre eigentlichen Absichten in Osteuropa auf den Tisch zu legen. Erst nachdem diese Politik nicht die Billigung höchster Stellen gefunden hatte, kam er auf eine reine Politik der Interessensphären zurück. In einer längerfristigen Perspektive wollte er aber unzweifelhaft eine Einschränkung der sowjetischen Rolle in Osteuropa erreichen.

Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß Kennan zumindest bereit war, der Sowjetunion die volle Kontrolle in Osteuropa zu überlassen. Eine direkte Abmachung, die darauf hinauslief, Osteuropa den Sowjets und Westeuropa den Westmächten zuzuweisen, wäre eine logische Fortführung seiner Gedanken gewesen.

Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß die von Kennan aufgezeigte Alternative zu einer Art sowjetisch-amerikanischem Abkommen über Osteuropa hätte führen können. Doch auch dann wäre der Kalte Krieg wahrscheinlich nicht zu verhindern gewesen. Es gab andere strittige Fragen zwischen den beiden Ländern, und auch Kennan selbst war ansonsten stark anti-sowjetisch eingestellt.

Der Haupteinwand gegen seine Überlegungen lag jedoch darin, daß sie in Anbetracht der innenpolitischen Verhältnisse in den USA politisch einfach nicht realisierbar waren. Zumindest wurden sie von vielen so eingeschätzt, sogar von Leuten, die ansonsten Kennan in vielem, was er sagte, wohlwollend gegenüberstanden. So äußerte z. B. der Sowjetunion-Experte Charles Bohlen gegenüber Kennan zur Zeit der Jalta-Konferenz, daß „die konstruktiven Vorschläge, die Sie machen, offen gesagt in einem gewissen Grad naiv sind. Von einem abstrakten Standpunkt aus betrachtet mögen sie wohl ein Optimum darstellen. Aber als praktische Vorschläge sind

sie völlig unmöglich. Eine Außenpolitik dieser Art kann in einer Demokratie nicht verfolgt werden. Nur totalitäre Staaten können eine solche Politik machen und ausführen“<sup>18)</sup>.

Sogar Kennan selbst erkannte diesen Aspekt der politischen Undurchführbarkeit seiner Ideen. Dies führte dazu, daß Kennan wiederholt den Einfluß tadelte, den der Kongreß und die öffentliche Meinung auf die Außenpolitik ausübten<sup>19)</sup>. Darin sollte ihm später ein anderer Meister-Architekt der amerikanischen Außenpolitik, Henry Kissinger, folgen.

Der Konflikt zwischen dem, was ich an anderer Stelle als amerikanischen Perfektionismus und amerikanischen Realismus bezeichnet habe, zeigt sich am besten in der Haltung von Franklin D. Roosevelt<sup>20)</sup>. Roosevelt verstand besser als die meisten anderen die Realitäten der Macht in Osteuropa. Washington konnte absolut nichts dagegen tun, daß die Sowjets, wenn sie es wünschten, Osteuropa ihrer vollen Kontrolle unterwerfen würden. Roosevelt war sich auch bewußt, daß der Sowjetunion wesentliche Zugeständnisse gemacht werden mußten, wenn die Zusammenarbeit aus den Kriegsjahren in die Nachkriegszeit hinübergerettet werden sollte. Zum Beispiel würde man die Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion anerkennen müssen, und den Streit um die polnisch-sowjetischen Grenzen würde man zugunsten Moskaus lösen müssen. Er begann zu verstehen, wenn auch jetzt mit viel mehr Widerstreben, daß die Zusammensetzung der polnischen Regierung — von einem westlichen Standpunkt aus betrachtet — bei weitem nicht zufriedenstellend sein würde. Er war im großen und ganzen gegenüber den sogenannten Prozentabkommen vom Mai und Oktober 1944 positiv eingestellt, viel positiver als das amerikanische Außenministerium.

Auf der anderen Seite finden sich viele Äußerungen Roosevelts, die voll auf der Linie des amerikanischen Perfektionismus lagen, trotz seiner eigenen Warnung, daß „Perfektionismus genauso wie Isolationismus, Imperialismus oder Machtpolitik die Wege zum internationalen Frieden versperren“ könnten. In

<sup>18)</sup> C. E. Bohlen, *Witness to History 1929—1969*, New York 1973, S. 176.

<sup>19)</sup> G. F. Kennan, a. a. O. (Anm. 17), S. 232—235, 290 bis 292, 427—428.

<sup>20)</sup> G. Lundestad, a. a. O. (Anm. 4), S. 88—92. Die folgenden Abschnitte über F. D. Roosevelt stützen sich ebenfalls auf die Darstellung auf den zitierten Seiten.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 74—75, 155—157; G. F. Kennan, *Memoirs 1925—1950*, New York 1969, S. 266—270.

Gesprächen mit osteuropäischen „Perfektionisten“ stimmte er in beträchtlichem Maße mit ihnen überein. Um zu vermeiden, daß ihm die Hände durch die Gegner einer sowjetischen Einflußsphäre in Osteuropa gebunden waren, hätte er auch die realistische Seite seines Denkens und Handelns klarer und deutlicher machen müssen, auch gegenüber der Öffentlichkeit. Dies hat er jedoch niemals in einer unzweideutigen Weise getan. Am weitesten in Richtung auf eine Aufklärung der Öffentlichkeit ging er noch in mehr oder weniger persönlich gehaltenen Hintergrund-Interviews, besonders mit dem Journalisten Forrest Davis, dem er andeutete, wie er sich die Realitäten in Osteuropa nach dem Kriege vorstellte. Die amerikanische Öffentlichkeit aber blieb für jede Art von Abmachung mit den Sowjets, die Osteuropa betraf, völlig unvorbereitet.

## VI.

Es ist an der Zeit, der Frage nach der politischen Stärke der Regierungen in Washington nachzugehen. Hat die öffentliche Meinung eine klare Interessensphärenpolitik in Osteuropa verhindert? Sicherlich haben der Kongreß und die öffentliche Meinung dem Aktionsspielraum der Regierungen Grenzen gesetzt, aber diese Grenzen waren überraschend weit gesteckt, wahrscheinlich weiter, als es sich die Regierungen selbst klar machten<sup>21)</sup>.

Erstens war es oft ganz und gar nicht klar, was die Öffentlichkeit eigentlich wollte. In der entscheidenden polnischen Frage hatten in den Wochen nach Jalta nur 17% der Bevölkerung eine ungefähre Vorstellung darüber, was Stalin, Roosevelt und Churchill entschieden hatten. Fast zwei Drittel wußten überhaupt nichts über den Ausgang der Konferenz. Ebenso interessant ist es, daß eine Mehrheit das Abkommen über Polen unterstützte<sup>22)</sup>.

<sup>21)</sup> Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangen T. G. Paterson, a.a.O. (Anm. 2), S. 113—137; W. La Feber, *American Policy Makers, Public Opinion and the Outbreak of the Cold War, 1945—1950*, in: Y. Nagai/A. Iriye (Eds.), *The Origins of the Cold War in Asia*, New York, 1977, S. 43—65; R. Kuniholm, *The Origins of the Cold War in the Near East. Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece*, Princeton 1980, S. 248, 418; E. R. May, „Lessons of the Past. The Use and Misuse of History in American Foreign Policy“, Oxford 1973, S. 46—49.

<sup>22)</sup> T. M. Campbell, *Masquerade Peace. America's UN Policy*, Tallahassee 1973, S. 156—157.

Zweitens entwickelten sich negative Bewertungen der sowjetischen Absichten im Regierungsapparat früher und stärker als im Kongreß und in der Öffentlichkeit. Dies wird durch Gallup-Umfragen aus jener Zeit und durch mehrere kleinere Vorfälle aus den Jahren 1945 und 1946 bestätigt. Wie bereits erwähnt, glaubten noch im August 1945 54% der Bevölkerung, daß die Sowjetunion eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten anstrebte. Demgegenüber standen zur gleichen Zeit die meisten zentralen politischen Entscheidungsträger in der Regierung den sowjetischen Absichten schon ziemlich skeptisch gegenüber. Die negative Einschätzung der Sowjetunion durch das amerikanische Außenministerium war für informierte Journalisten ein Schock. Dies wurde deutlich, als Botschafter Harriman während der UNO-Konferenz in San Francisco im Frühjahr 1945 die Presse damit konfrontierte. Als fast ein Jahr später Churchills „Eiserne-Vorhang“-Rede vom März 1946 bei Teilen der Presse und in der Öffentlichkeit auf eine negative Reaktion stieß, sah sich die amerikanische Regierung veranlaßt, den Eindruck zu erwecken, als ob sie die Ansichten Churchills nicht voll teilte, obwohl sie eigentlich mit ihm voll übereinstimmte. Die Regierung Truman hatte auch beträchtliche Probleme, die Bewilligungen für Auslandshilfeprogramme und -kredite durch einen auf sparsame Haushaltsführung bedachten Kongreß zu bringen. Um diesen Widerstand zu brechen, gingen führende Regierungsvertreter dazu über, die sowjetische Bedrohung dramatischer darzustellen, als es in internen Regierungskreisen üblich war. Diese Tendenz wurde zum ersten Mal im Frühjahr 1946 deutlich, als der für Großbritannien bestimmte Kredit im Kongreß auf großen Widerstand stieß. Das beste Beispiel dafür, wie die Regierung versuchte, den Kongreß und die Öffentlichkeit mit der kommunistischen Gefahr zu beeindrucken, um deren Unterstützung für Hilfsprogramme an nicht-kommunistische Länder zu gewinnen, lieferte sie bei der Entwicklung und Handhabung der Truman-Doktrin im Februar/März 1947<sup>23)</sup>.

Drittens war es für die Regierung nichts Ungewöhnliches, bei ihrem Handeln die öffentliche Meinung außer acht zu lassen. Es ist interessant festzustellen, daß prozentual genauso viele Bürger für bzw. gegen einen 3 bis

<sup>23)</sup> Die letzten drei Absätze folgen den Ausführungen in: G. Lundestad, a.a.O. (Anm. 8), S. 19—20.



5 Milliarden Dollar Kredit an Großbritannien waren wie für oder gegen einen 6 Milliarden Dollar Kredit an die Sowjetunion (26% dafür, 60% dagegen)<sup>24</sup>). Im Falle Großbritanniens entschied sich die Regierung Truman, gegen die öffentliche Meinung anzukämpfen, im sowjetischen Falle dagegen nicht. Im April 1947 meinten 63% der Befragten, daß das Problem der Hilfe an Griechenland und an die Türkei den Vereinten Nationen überantwortet werden sollte. Truman machte gegenüber dieser großen Mehrheit nur kosmetische Zugeständnisse. Im Jahre 1948 wuchs die Unterstützung in der Bevölkerung für größere Militärhilfe am Tschiang Kai-shek in China sehr schnell an, ohne daß dies irgendeine größere Wirkung auf die Regierung Truman gehabt hätte<sup>25</sup>).

Schließlich — viertens — konnte sich die öffentliche Meinung sehr schnell ändern. Da die überwiegende Mehrheit der Amerikaner sehr wenig über die außenpolitischen Gegebenheiten und Verhältnisse wußte, war sie bereit, der von der Regierung vorgezeichneten außenpolitischen Linie zu folgen, und dies selbst bei nur vorläufiger und vorsichtiger Unterstützung eines Standpunktes durch die Regierung. Zum Beispiel ergab eine unmittelbar nach Churchills Fulton-Rede durchgeführte Umfrage, daß sich nur 18% der Befragten für ein englisch-amerikanisches Bündnis aussprachen. Einen Monat später unterstützten 85% eine solche Politik, trotz des Zögerns Washingtons, offen für die Ideen Churchills einzutreten<sup>26</sup>).

Auf der anderen Seite besteht leicht die Gefahr, der Regierung Truman zuviel Bewegungsspielraum zuzusprechen zu wollen. Gerade die Reaktion auf die Rede Churchills weist hier auf einen bedeutsamen Punkt. Es bedurfte nur wenig, um jene antisowjetische Haltung wieder zum Vorschein zu bringen, die während der Kriegsjahre unter der Oberfläche verschwunden war. Doch selbst in dieser Zeit war der Anti-Kommunismus stark geblieben, aber immerhin unterschied die Mehrheit damals zwischen einer anti-kommunistischen und einer anti-sowjetischen Haltung. Sobald der Konflikt mit der Sowjetunion offen

ausgebrochen war, verschwanden solche Nuancen sehr schnell. Bei Umfragen während des Krieges meinten mitunter nur 20% der Befragten, man könne den Sowjets nicht trauen und es gäbe deshalb keine Hoffnung, daß die Sowjetunion nach dem Kriege mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten würde. Aber im allgemeinen lag diese Zahl zwischen 25 und 35%. Nach dem Kriege stiegen diese Prozentzahlen sprunghaft an, so daß im Februar 1946 52% der Befragten dieser Meinung waren, während nur 35% glaubten, daß die Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten würde<sup>27</sup>). Der latente Anti-Sowjetismus war bei einigen Schlüsselgruppen besonders stark ausgeprägt. Zahlenmäßig am stärksten verbreitet war er innerhalb der katholischen Kirche und in den Kreisen osteuropäischer Einwanderer. Die meisten Beamten des auswärtigen Dienstes, die sich mit der Sowjetunion und Osteuropa befaßten und die näher am Zentrum der Macht waren, hatten vor dem Krieg eine äußerst skeptische Einstellung gegenüber den sowjetischen Absichten gezeigt, und es bedurfte nur eines kleinen Anstoßes, um in den Jahren 1944 bis 1945 ihre zeitweiligen Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit wieder verschwinden zu lassen<sup>28</sup>).

In den Jahren 1944 bis 1945 bestand in Washington die starke Befürchtung, daß es eine Rückkehr zum Isolationismus geben würde, falls die Vereinigten Staaten nicht in der Lage wären, eine Weltordnung aufzubauen, die grundsätzlich im Einklang mit den amerikanischen Interessen stand. Dieser am Ende des Krieges in den maßgebenden Kreisen weitverbreitete Glaube trägt wahrscheinlich mehr zur Erklärung der damaligen amerikanischen Regierungspolitik bei als die aus den verschiedenen Umfragen gewonnenen Daten über die öffentliche Meinung. Wie oben gezeigt, gibt es Grund zur Annahme, daß die politischen Entscheidungsträger ihren Handlungsspielraum unterschätzten. Im Falle Osteuropas wäre es für die amerikanische Regierung vielleicht sogar möglich gewesen, der öffentlichen Meinung eine Vereinbarung über Interessensphären näherzubringen, obwohl dies sehr zweifelhaft bleiben muß. Eine solche Abmachung würde zu abrupt und spektakulär mit amerikanischen Vorstellungen und Interessen gebrochen haben. Worauf

<sup>24</sup>) G. H. Gallup, *The Gallup Poll. Public Opinion 1935—1971*, Vol. I, 1935—1948, New York 1972, S. 530, 535.

<sup>25</sup>) Ebd., S. 639; W. La Feber, a. a. O. (Anm. 21), S. 56.

<sup>26</sup>) F. Harbutt, *American Challenge, Soviet Response: The Beginning of the Cold War*, February-May, 1946, in: *Political Science Quarterly*, (1981) 4, S. 633.

<sup>27</sup>) H. Cantril, a. a. O. (Anm. 7), S. 370—371.

<sup>28</sup>) H. de Santis, a. a. O. (Anm. 7), S. 27—44, 94—101, 129—130, 141—154, 206—208.

es hier jedoch ankommt, ist die Tatsache, daß jene wenigen politischen Entscheidungsträger, die überhaupt eine solche Option in Erwägung zogen, davon überzeugt waren, daß ein solcher Kurs politisch nicht realisierbar war. Dies war Roosevelts unausgesprochene Schlußfolgerung. Dies meinte Bohlen, als er Kennan im Februar 1945 ausdrücklich sagte, daß dessen Vorstellungen über Interessensphären unter Realisierungsgesichtspunkten „völlig unmöglich“ seien, und als er ein Jahr später zum gleichen Thema ausführte, daß schon „allein die Erwähnung (einer Abmachung über Interessensphären) die Unmöglichkeit ihrer Annahme“ beinhalte, da sie gegen amerikanische Prinzipien verstoße und „niemals die Unterstützung des amerikanischen Volkes finden würde“<sup>29)</sup>.

Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit zeigte sich noch deutlicher in den Ergebnissen einer Umfrage, die nach der relativ prosovjatischen Rede des Handelsministers Henry Wallace vom 12. September 1946 durchgeführt wurde. Am 13. Oktober gaben 58% der Befragten an, daß sie „die Diskussion über die unterschiedlichen Vorstellungen von Byrnes und Wallace bezüglich des Umgangs mit der Sowjetunion“ nicht verfolgt hätten. Dies zeigte ein weiterhin mangelndes Interesse an außenpolitischen Fragen und machte indirekt deutlich, wie groß der Handlungsspielraum der Regierung war. Aber von de-

nen, die die Diskussion verfolgt hatten, unterstützten 78% Byrnes und nur 16% Wallace<sup>30)</sup>. Eine starke Mehrheit befürwortete also eine harte Linie gegenüber den Sowjets, obwohl man natürlich nicht wissen kann, wie die Zahlen ausgesehen hätten, wenn sich Truman Wallace und nicht Byrnes angeschlossen hätte. Später, nachdem der öffentlichen Meinung die sowjetische Gefahr wirklich zu Bewußtsein gebracht worden war, reagierte sie vielmehr stärker auf solche Entwicklungen.

Während Truman schon einen beträchtlichen Handlungsspielraum hatte, verfügte Stalin in mancher Hinsicht über einen noch größeren. Wenn auch der führende Mann der Sowjetunion von den Amerikanern das Verfahren übernommen hatte, auf die Rolle der öffentlichen Meinung und des Obersten Sowjet hinzuweisen, war doch offensichtlich, daß diese Institutionen in der Sowjetunion wenig Bedeutung hatten. Stalin war auch relativ frei in seiner Interpretation der wirklichen Bedeutung des Marxismus-Leninismus. Ob aber der sowjetischen Führung auf andere Weise die Hände durch das sowjetische System gebunden waren, mit seiner Mischung aus extremer Unsicherheit und sturem Glauben an eine kommunistische Welt, ist eine andere Frage, deren Beantwortung den Sowjetunion-Experten überlassen bleiben sollte<sup>31)</sup>.

<sup>29)</sup> G. H. Gallup, a.a.O. (Anm. 24), S. 604.

<sup>31)</sup> V. Mastny, *Russia's Road to the Cold War. Diplomacy, Warfare, and the Politics of Communism 1941—1945*, New York 1979, S. 96. Vgl. auch W. Taubman, *Stalin's American Policy. From Entente to Détente to Cold War*, New York 1982, S. 306.

## **Detlef Junker: War der Kalte Krieg unvermeidlich? Eine Einführung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/83, S. 3—5

## **Andreas Hillgruber: Handlungsspielräume der UdSSR in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945—1950**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/83, S. 7—11

Angesichts der schlechten Quellenlage auf sowjetischer Seite beruht das Ergebnis der Skizze auf dem Durchdenken der sich in den Jahren 1945—1950 wandelnden Situation der Sowjetunion in der internationalen Szenerie. Prämissen dabei sind, daß Stalin der Alleinherrscher der Sowjetunion in dieser Zeit war, daß ihn reines Machtkalkül in der Außenpolitik leitete und daß es sein Ziel war, in längerfristiger Perspektive die Sowjetunion zu einer realen Weltmacht gleichrangig mit den USA werden zu lassen, um sie schließlich einzuholen und eines Tages überholen zu können. An einem Kalten Krieg war Stalin, von diesen Prämissen aus gedacht, nicht interessiert, da dieser nur die USA „alarmieren“ und damit sein Ziel gefährden konnte.

Aber die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges erforderten unbedingt eine Verschiebung und „Umdrehung“ des „Cordon Sanitaire“ in Ostmitteleuropa mit Polen als Kern gegen den „Westen“ und die Gewinnung einer festen Position für die Sowjetunion im besiegten Deutschland — dies selbst um den Preis, daß dadurch die Möglichkeit eines zunächst erhofften Rückzuges der USA aus Europa verschüttet wurde. In der Tat wurde die kompromißlose sowjetische Polenpolitik zur Auslösung der im Frühjahr 1947 von der amerikanischen Führung getroffenen Entscheidung, langfristig in Europa zu bleiben und — unter Einschluß Westdeutschlands — einen „West-Block“ zu formieren.

Eine regionale Begrenzung der Ziele der Sowjetunion einerseits und der USA andererseits in Europa wäre für Stalin — im Blick auf den notwendigen längeren Anlauf zur Gewinnung des rüstungsmäßigen Ausgangspunktes für den Wettlauf mit den USA — wünschenswert und möglich gewesen, nicht hingegen für die USA, da sie nicht in der Lage waren, den globalen Geltungsbereich ihrer Prinzipien zeitweilig auf die eigene Interessensphäre zu begrenzen und den Konflikt mit der Sowjetunion hintanzustellen. Somit besaß Stalin allenfalls innerhalb des Rahmens des unvermeidlichen Kalten Krieges in begrenztem Maße Optionen bei Einzelschritten in der konkreten Politik; es gab für ihn aber keine Alternative zum Kalten Krieg selbst.

## **Alexander Fischer: Handlungsspielräume der UdSSR in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945—1950**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/83, S. 13—18

Der Handlungsspielraum der marxistisch-leninistischen Historiographie bei der Erörterung der Entstehungsgeschichte des „Kalten Krieges“ am Ende des Zweiten Weltkrieges ist eng: Unter dem Zwang der unumstößlichen Prämisse stehend, daß die sowjetische Außenpolitik stets den gemeinsamen Beschlüssen der sogenannten Anti-Hitler-Koalition gefolgt sei, wird dem führenden Gegenspieler im „Kalten Krieg“, den USA, die Alleinverantwortung für den Ausbruch dieses Konflikts zugeschoben. Der Ost-West-Konflikt ist in dieser Leseart ein typisches Produkt des kapitalistischen Systems, während die Rolle der Sowjetunion allein darin bestanden haben soll, den „realen Sozialismus“ nicht zum willenlosen Spielball imperialistischer Politik werden zu lassen.

Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß an der Entstehung und Unvermeidbarkeit des „Kalten Krieges“ die dynamische Grundkonzeption der sowjetischen Außenpolitik für den westlichen Rest Europas maßgeblichen Anteil hat. Unter der Voraussetzung, daß das militärische Engagement der USA nicht von Dauer sein würde und sowohl Großbritannien als auch Frankreich eine nachhaltige bzw. entscheidende Schwächung ihrer Großmachtposition erfahren hatten, wurde in Moskau die „Konzeption eines sozialistischen Europas“ entwickelt. Sie beruhte auf der Überzeugung, daß die UdSSR imstande und als siegreiche Großmacht auch berechtigt sei, das Machtvakuum in Europa auszufüllen und so schrittweise ihren Einfluß sowie den Sozialismus sowjetischer Prägung auf den gesamten Kontinent auszudehnen.

Die expansionistische Europa-Konzeption Moskaus wurde erst fallengelassen und durch eine auf den Aufbau eines in sich festgefügtten, der absoluten Kontrolle der Moskauer Zentralgewalt unterstehenden Satelittensystems ausgerichtete Hegemonialpolitik ersetzt, als die Westmächte im Jahre 1947 mit Truman-Doktrin und Marshall-Plan Widerstand entgegensetzten. Von diesem Zeitpunkt an war die Aufteilung Europas in zwei große antagonistische Interessensphären nicht mehr ernstlich zu verhindern.

**Werner Link: Handlungsspielräume der USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945—1950**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/83, S. 19—26

Es wird die These vertreten, daß zwar nicht die Fortsetzung des Ost-West-Konflikts, wohl aber der Kalte Krieg vermeidbar war. Die Erörterung geht davon aus, daß der Kalte Krieg einen spezifischen Typus der Austragung und Regulierung des Ost-West-Konflikts darstellt; er löste die integrative Konfliktregulierung (Kriegsallianz, ursprüngliche Konzeption der UNO) ab. Die Knotenpunkte dieser Entwicklung werden zunächst herausgearbeitet. Dann wird untersucht, ob führende Politiker der USA eine Alternative wahrgenommen und ernsthaft als durchführbar angesehen haben. Anhand der Quellen wird gezeigt, daß eine solche Alternative tatsächlich 1945/46 erwogen wurde. Sie bestand — auf einen Nenner gebracht — in der Kombination zwischen einer gemäßigten Interessensphärenpolitik in Osteuropa und einem amerikanisch-sowjetischen Arrangement in der Atomfrage. Die Chance, diese Alternative zu realisieren, war zunächst durchaus gegeben. Sie verringerte sich aber zunehmend, je deutlicher einerseits die sowjetische Politik in Osteuropa als Beherrschungspolitik und im Mittelmeerraum als tendenziell expansive Gewaltpolitik in Erscheinung trat und je klarer sich andererseits in der amerikanischen Regierung hinsichtlich der atomaren Frage die Politik des Ausschlusses der Sowjetunion durchsetzte. Erst als sich Ende 1946 die Realisierungschance für beide Bestandteile der Alternative gegen Null verschob, kam es zum Kalten Krieg.

**Geir Lundestad: Handlungsspielräume der USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945—1950**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/83, S. 27—36

Auf den ersten Blick scheint es so, als sei das Heraufziehen des Konfliktes zwischen Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsläufig gewesen. Insbesondere die Entwicklungen in Osteuropa, wo sich die Auseinandersetzungen zuerst manifestierten, deuten darauf hin. Doch gibt es auch Fakten, die implizieren, daß der Kalte Krieg dennoch vermeidbar gewesen wäre, sowohl weltweit als auch in Osteuropa.

Zwar konnten George F. Kennan und auch Franklin D. Roosevelt persönlich den Gedanken einer sowjetischen Einflußsphäre in Osteuropa akzeptierten, doch war den amerikanischen Politikern letztendlich unmöglich, eine sowjetische Hegemonie in Osteuropa anzuerkennen. Das Konzept einer offeneren sowjetischen Einflußsphäre befriedigte hingegen die UdSSR nicht.

Die politisch Verantwortlichen in Washington haben ihren Spielraum, die Öffentlichkeit zu beeinflussen, unterschätzt. Aufgrund des latenten Antisowjetismus, der auch während des Krieges verblieben war, tendierte die Öffentlichkeit, nachdem sie wieder für eine sowjetische Gefahr sensibilisiert wurde, dazu, sehr empfindlich zu reagieren. Die amerikanische Nichtakzeptanz einer sowjetischen Hegemonie in Osteuropa seitens der Öffentlichkeit wurde hingegen von den amerikanischen Politikern durchaus richtig eingeschätzt. Doch kann in einer historischen Rückblende nicht mit Gewißheit gesagt werden, wie die öffentliche Meinung auf eine alternative Politik reagiert hätte.